

- 5 **Jenseits jeglichen Völkerrechts**
- 8 **„In Gaza sind Frauen die Letzten, die essen, und Kinder die Ersten, die sterben“**
- 9 **Der Krieg gegen die Zivilbevölkerung in Zahlen**
- 16 **Auf der Suche nach dem politischen und moralischen Kompass**
- 18 **Staatsräson in Deutschland, aber auch in der Schweiz**
- 20 **Geschichte von Gaza**
- 24 **Künstliche Intelligenz (KI) im Gazakrieg**
- 25 **From the river to the sea Palestine will be free**
- 26 **Hamas**
- 27 **Ressourcen**
- 6 **Beabsichtigte Zerstörung und Vertreibung**
- 11 **Berichterstattung, Desinformation, Propaganda und die Rolle der Medien**

Editorial

Selten ist uns die Publikation eines Palästina-Infos so schwergefallen. Meist stellen wir ein Thema in den Fokus, das sich mit den Strukturen und Mechanismen der israelischen Unterdrückung der Palästinenser:innen befasst.

Diesmal findet vor unseren Augen ein angekündigter Völkermord im Gazastreifen statt, gepaart mit einer massiven Eskalation der ethnischen Säuberungen und der Repression im Westjordanland und in Israel. Die Brutalität, mit der Israel und verbündete Staaten ihre Ziele verfolgen, wird nur überboten durch die Unverfrorenheit der israelischen Propagandaschinerie. Wir sind mit Tausenden auf der Strasse, um den Druck auf Israel zu erhöhen, diesen Genozid, die Zerstörung der Palästinenser:innen individuell und als ethnische Gruppe in ihrem gesamten kulturellen und sozialen Zusammenhalt, zu stoppen. Wir prangern mit anderen die Komplizenschaft unserer Regierungen an. Wir sind entrüstet über die ungebrochene Parteinahme vieler Medien für Israel, die sich in Kriminalisierung und Delegitimierung der Protestbewegungen niederschlägt und den Palästinenser:innen verweigert, in ihrem eigenen Namen zu sprechen. Wir sind erschüttert über die Systematik des israelischen Zerstörungswerks im Gazastreifen und die ungebrochene Unterstützung, die Israel dafür von den Vereinigten Staaten, von Deutschland und anderen Ländern erhält.

In der Planung dieser Sondernummer zum Gazastreifen – der bislang vierten vom Palästina-Info herausgegebenen – fiel es uns schwer, aus der Vielfalt aller wichtigen Aspekte eine Auswahl zu treffen. Das vorliegende Heft kann den Anspruch auf Vollständigkeit nicht erfüllen. Es versucht, verschiedene Themenbereiche aufzugreifen und auf besonders nennenswerte Initiativen, Organisationen und Literatur zu verweisen. In der Onlineversion finden sich diese Verweise als Hyperlinks in den Beiträgen selbst. Alle, die von der Printversion aus zu den Originaltexten gelangen wollen, finden diese unter www.1nk.bio/palinfo aufgelistet. Entsprechende Quellen sind mit einer unterstrichenen Fussnote markiert¹. Eine kleine Auswahl an empfehlenswerten Analysen findet sich auf der vorletzten Seite.

Das Heft kann auch den Anspruch auf Aktualität nicht erfüllen. Das haben uns einzelne Leser:innen bei der letzten Nummer vorgehalten, die wenige Tage nach dem 7. Oktober verschickt wurde. Von der Planung eines Hefts über Layout, Übersetzung und Druck bis zum Versand vergehen jedoch Wochen.

Wir machen also einen zeitlichen Schnitt. Mit Redaktionsschluss 28.1.2024 wird der Krieg in angeblich niedrigerer Intensität, aber noch immer mit voller Grausamkeit weitergeführt. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat in der Klage Südafrikas gegen Israel soeben geurteilt, es bestehe die begründete Sorge, dass Israel einen Völkermord begehe. Israel müsse alles zu dessen Verhinderung tun und humanitäre Hilfe zulassen. Die ideologische, politische und juristische Aufarbeitung der Geschehnisse wird uns noch lange beschäftigen.

Palästina-Info Gaza Sonderausgabe
Februar 2024
Auflage: 2800 dt., 1000 frz.

Herausgeberin:
Palästina-Solidarität Region Basel,
Mattweg 25, 4144 Arlesheim
www.palaestina-info.ch
info@palaestina-info.ch

Redaktion:
Agnes Küng, Birgit Althaler,
Hanspeter Gysin, Jenny Bolliger,
Jenny Schmid, Martina Guggenbühl,
Robin Walz



IBAN CH31 0900 0000 4075 6856 2

Gestaltung: Maxim Staehelin & Yves Gruber
Druck: Print Media Works GmbH Schopfheim

Beabsichtigte Zerstörung und Vertreibung

Der aktuelle Angriff der israelischen Armee (IDF) auf den Gazastreifen übertrifft in seiner Brutalität und Systematik alle bisherigen Kriege, die Israel gegen dieses Gebiet und die dort lebende Bevölkerung geführt hat, und im Ausmass seiner Zerstörung alles, was die Welt seit Jahrzehnten erlebt hat.

Schonungslose Kriegsführung

Die israelische Armee gibt sich gern als human aus und verweist dabei beispielsweise auf ihr Warnsystem, bei dem die Bevölkerung mit abgeworfenen Flyern oder über arabische Nachrichten aufgefordert wird, gewisse Kampfgebiete zu verlassen. Gleichzeitig fehlen in Gaza jegliche Schutzräume, die Warnungen sind oft unpräzis und die angegebenen Fluchtrouten wurden wiederholt bombardiert. Wie schon der Goldstone-Bericht¹ zum Gazakrieg 2008/09 feststellt, entbinden Warnungen die Angreifer nicht von der Pflicht, zwischen Zivilpersonen und Kombattanten zu unterscheiden. Zudem kann die Aufforderung zur «Evakuierung» des nördlichen Gazastreifens, wie Amnesty International² schreibt, auch nicht als wirksame Warnung angesehen werden, sondern dürfte einer Zwangsverteilung gleichkommen. Aussagen führender israelischer Militärstrategen deuten darauf hin, dass sie die Entvölkernung und Wiederbesetzung³ zumindest von Teilen des Gazastreifens planen.

Als Besatzungsmacht kennt Israel die Verhältnisse im Gazastreifen im Detail. Es verfügt über präzise Daten über die Infrastruktur und ein Bevölkerungsregister und könnte sehr genau einschätzen, wer und was bei einem Angriff zu Schaden kommt. Dass Israel zu präzisen Angriffen in der Lage wäre, zeigt nicht zuletzt die gezielte Tötung eines Hamas-Vertreters im Libanon. Die unglaublich hohe Anzahl getöteter und verwundeter Menschen macht deutlich, dass die IDF kaum zwischen Kämpfern und Zivilpersonen unterscheidet. Die massive Zerstörung lässt sich auch auf den Einsatz von neuen, automatisierten KI-Technologien⁴ zur Erfassung von Zielen zurückführen (siehe S. 24). Gleichzeitig setzt Israel ungelenkte Bomben ein, die flächen-deckende Zerstörungen mit sich bringen⁵.

Anstatt behaupteter gezielter Angriffe auf Hamas-Kämpfer folgt Israel eher der Dahiya-Doktrin⁶, die den Einsatz unverhältnismässiger Gewalt und die Zerstörung staatlicher und ziviler Infrastruktur⁷ bei Militärein-

sätzen vorsieht, um die Bevölkerung zu terrorisieren. Gleichsam als Rechtfertigung betonte der israelische Staatspräsident Isaac Herzog⁸: «Es handelt sich um eine ganze Nation, die verantwortlich ist. Die Behauptung, dass die Zivilbevölkerung nichts gewusst habe und nicht beteiligt gewesen sei, stimmt überhaupt nicht. Sie hätten gegen dieses böse Regime kämpfen können.»

Unstimmigkeiten

Unter den Todesopfern der Angriffe vom 7. Oktober befinden sich laut neueren Erkenntnissen auf israelischer Seite rund 760 bewaffnete und nicht bewaffnete Zivilpersonen sowie rund 370 Angehörige von Armee und Polizei. Viele der Opfer wurden gezielt durch die palästinensischen Milizen getötet, andre kamen in Feuergefechten ums Leben. Eine nicht unerhebliche Anzahl Opfer insbesondere des Musikfestivals geht offenbar auf das Konto der israelischen Armee⁹. Zeugenaussagen deuten darauf hin, dass die IDF sowohl am Festival als auch im Kibbutz Be'eri mit Helikoptern und Panzern auch auf zivile bzw. nicht genau unterscheidbare Ziele schoss. Neben Problemen in der Kommunikation dürfte dafür auch die gegen die dritte Genfer Konvention verstossende Hannibal-Direktive¹⁰ verantwortlich sein, die besagt, dass die Armee vorzieht, eigene Landsleute zu opfern, als zu riskieren, dass sie durch die Gegenseite gefangen genommen werden.

Eine Unstimmigkeit betrifft die Tatsache, dass gemäss Medienberichten die israelische Regierung offenbar Vorkenntnisse¹¹ über einen detaillierten Angriffsplan der Hamas hatte, diese jedoch ignorierte. Wer auch immer wie viel Verantwortung für die Ereignisse vom 7. Oktober trägt, klar ist, dass die israelische Regierung beim Schutz der eigenen Bevölkerung nicht nur politisch, sondern auch militärisch versagt hat. Der frühere UN-Sonderberichterstatter für die besetzten Gebiete, Richard Falk, resümiert: «Dieser Angriff ist eindeutig von einigen verdächtigen Umständen begleitet, wie z. B. Israels Vorkenntnis, die langsame Reaktionszeit auf das Eindringen in seine Grenzen und, was vielleicht am problematischsten ist, die Schnelligkeit, mit der Israel einen Ansatz zum Völkermord mit einer klaren Botschaft der ethnischen Säuberung verfolgte.»¹²

Deklarierte Vertreibungsabsichten

Israelische Regierungsmitglieder sprechen offen über ihre Intentionen, die ethnische Säuberung¹³ des Gaza-Streifens im Zuge des laufenden Kriegs voranzutreiben. Die massiven Bombardierungen fordern nicht nur unzählige Menschenleben und traumatisieren die ganze Bevölkerung, sie bedeuten auch die Ausradierung von Orten des Wissens, der Erinnerung, des gesellschaftlichen Zusammenhalts wie Schulen, Universitäten, Moscheen, Kirchen, Friedhöfen, Archiven, Behörden, Kulturzentren und vielem mehr. Diese Fortsetzung der Nakba bringt das soziale Gefüge und die Gesellschaft als Ganzes ins Wanken und wird eine neue Generation hervorbringen, die nichts zu verlieren hat.¹⁴

- 1 www.digitallibrary.un.org/record/666096.
- 2 www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nord-afrika/israel-besetzte-gebiete/dok/2023/befehl-zur-evakuierung-von-gaza-muss-zurueckgenommen-werden.
- 3 www.infosperber.ch/freiheit-recht/menschenrechte/palaestinenser-wollten-die-hoelle-sie-koennen-sie-jetzt-haben.
- 4 www.972mag.com/mass-assassination-factory-israel-calculated-bombing-gaza.
- 5 www.msn.com/de-ch/nachrichten/other/us-geheimdienst-vermutet-gefahrliches-vorgehen-wirft-israel-blindgaenger-uber-gaza-ab/ar-AA-11uHwG.
- 6 www.palestine-studies.org/en/node/186668.
- 7 www.youtube.com/watch?v=7VAGpKBYfvs.
- 8 www.twitter.com/Sprinter99800/status/1713064886027063584?s=20.
- 9 www.electronicintifada.net/content/israeli-general-killed-israel-is-7-october-then- lied-about-it/43176.
- 10 www.jungewelt.de/artikel/462043.krieg-gegen-gaza-genozidale-absichten.html?ssstr=Genozid-Absichten.
- 11 www.n-tv.de/politik/Israels-Militaer-soll-schon-2022-von-Hamas-Plan-gewusst-haben-article24571186.html.
- 12 www.commanderdreams.org/opinion/west-enabling-genocide-gaza
- 13 [www.mondoweiss.net/2023/10/israeli-think-tank-lays-out-a-blueprint-for-the-complete-ethnic-cleansing-of-gaza und www.democracynow.org/2024/1/3/israel_ethnic_cleansing_gaza](http://www.mondoweiss.net/2023/10/israeli-think-tank-lays-out-a-blueprint-for-the-complete-ethnic-cleansing-of-gaza und http://www.democracynow.org/2024/1/3/israel_ethnic_cleansing_gaza)
- 14 www.theguardian.com/commentisfree/2023/dec/18/gaza-israel-destroying-culture-and-identity?CMP=share_btn_link.

Jenseits jeglichen Völkerrechts

Israel verstösst mit seinem Angriff auf Gaza erneut und in gravierendem Mass gegen das Völkerrecht. So viel steht fest. Aber gegen welche Bestimmungen genau? Der Versuch einer Einordnung.

Israels Vorgehen in Gaza steht in der Kritik – nicht erst seit dem 7. Oktober 2023. Bereits der im Auftrag des UN-Menschenrechtsrats verfasste Goldstone-Bericht⁴, der den Gaza-Krieg 2008 untersuchte, kam zu einem klaren Schluss: Zwar werden auch palästinensischen bewaffneten Gruppen Völkerrechtsverletzungen zur Last gelegt, der Bericht schreibt aber Israel die überwiegende Verantwortung für die katastrophale Lage im Gazastreifen zu und konstatiert, dass die israelische Armee das humanitäre Völkerrecht in gravierender Weise missachtet. Der Angriff der israelischen Armee sei gegen die Bevölkerung des Gazastreifens als Ganzes gerichtet gewesen – als Teil einer Politik der kollektiven Bestrafung der Zivilbevölkerung für ihren Widerstand und ihre angebliche Unterstützung der Hamas.

Kein Schutz der Zivilbevölkerung

Bereits jetzt scheint klar: Israel bestraft Gazas Zivilbevölkerung schon seit Jahren durch die Abriegelung der Enklave sowie die weitgehende Vorenthalaltung regulärer Versorgung wie auch humanitärer Hilfe kollektiv und missachtet humanitäres Völkerrecht, u. a. dessen Kernstück, die vier Genfer Konventionen. Die vierte Konvention ist besonders relevant, denn sie regelt den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten und verbietet u. a. Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Infrastruktur wie medizinische Einrichtungen. Eine Untersuchung² des Magazins +972 und der NGO Just Vision kam zum Schluss, dass Israel seit dem 7. Oktober die Angriffe auf nicht-militärische Ziele im Vergleich zu vorherigen Aggressionen bedeutend ausgeweitet hat. Das Bombardieren von Wohnsiedlungen, öffentlichen Gebäuden und Infrastruktur soll die Zivilbevölkerung terrorisieren. Gemäss dem Büro des Hochkommissariats für Menschenrechte griff Israel zwischen 7. Oktober und 7. Dezember 2023 364 Mal Gesundheitseinrichtungen an. Gerechtfertigt werden solche Angriffe mit dem Argument, die Hamas nutze zivile Infrastrukturen als Kommandozentralen. Dafür fehlen oft stichhaltige Belege und auch wenn sich dies in gewissen Fällen bewahrheiten würde, ist Israel verpflichtet, Zivilpersonen vor unverhältnismässigem Schaden zu schützen.

Menschenrechtsexperten stellen Israels oft proklamiertes Recht auf Selbstverteidigung grundsätzlich in Frage. Francesca Albanese, UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten, betonte in einer Rede³: «Israel wurde nicht von einem anderen Staat angegriffen, sondern von einer bewaffneten Gruppe in einem besetzten Gebiet. Es kann nicht das Recht auf Selbstverteidigung gegen eine Bedrohung beanspruchen, die von einem von Israel besetzten Gebiet ausgeht.»

Genozidale Absichten

Viele besorgte Stimmen warnen vor einem Genozid in Gaza. So publizierten palästinensische Menschenrechtsorganisationen, Genozid-Expert:innen sowie jüdische zivilgesellschaftliche Organisationen eine entsprechende Stellungnahme⁴ und bekannte israelische Persönlichkeiten richteten sich in einem Brief⁵ an die israelische Generalstaatsanwaltschaft. Die UN-Völkermordkonvention definiert Genozid als Handlung, «die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören». Ausschlaggebend ist nicht die Zahl der Getöteten, sondern die Zerstörungsabsicht. Von den fünf in der Konvention verbotenen Handlungen begeht Israel gemäss Genozidexperte Raz Segal⁶ mindestens drei: die Tötung von Mitgliedern der Gruppe, das Verursachen von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe sowie das Aufzwingen von Lebensbedingungen, die die Gruppe zerstören. Die südafrikanische Regierung reichte Ende Dezember 2023 beim Internationalen Gerichtshof eine Klage ein, in der sie Israel vorwirft, einen Völkermord gegen die palästinensische Bevölkerung zu begehen. In der ersten öffentlichen Anhörung⁷ argumentierte die südafrikanische Anwältin Adila Hassim, dass Israel neben den drei oben beschriebenen genozidalen Handlungen auch eine vierte begeht: die Verhinderung von Geburten – durch die Gewalt gegen schwangere Frauen, Neugeborene und Kinder.

Auch ethnische Säuberung wird Israel vorgeworfen, also die Vertreibung der Palästinenser:innen als ethnische Gruppe aus ihrem Herkunftsland, wie unter anderem das +972Magazine⁸ berichtet. Dies wird im Völkerrecht nicht als eigenständiges Verbrechen anerkannt. Im Rahmen des internationalen Straftribunals für Ex-Jugoslawien hielten Expert:innen aber fest, dass solche Taten unter die Genozid-Konvention fallen können.

Gefährliche Sprache

Ein wichtiger Indikator für genozidale Absichten ist die Verwendung einer Sprache, die die Zielgruppe entmenschlicht. Die Absicht zum Genozid werde von Tätersseite selten so eindeutig benannt, wie es in Israel derzeit geschehe, schreibt Segal. Verteidigungsminister Joaw Gallant sprach am 9. Oktober Klartext: «Wir verhängen eine vollständige Belagerung über Gaza. Kein

Strom, kein Essen, kein Wasser, kein Treibstoff. [...] Wir bekämpfen menschliche Tiere und werden entsprechend handeln.» Diese Äusserung ist nur eine von vielen. Eine exemplarische Sammlung findet sich auf der Webseite des Bündnisses für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern. An Israels genozidalen Absichten ändert auch die Tatsache nichts, dass Israel angesichts der Klage Südafrikas beim Internationalen Gerichtshof momentan seine Äusserungen etwas mässigt.

-
- 1 www.digitallibrary.un.org/record/666096
 - 2 www.972mag.com/mass-assassination-factory-israel-calculated-bombing-gaza
 - 3 www.youtube.com/watch?v=XAnn07ki1Fk.
 - 4 www.opiniojuris.org/2023/10/18/public-statement-scholars-warn-of-potential-genocide-in-gaza.
 - 5 www.theguardian.com/world/2024/jan/03/israeli-public-figures-accuse-judiciary-of-ignoring-incitement-to-genocide-in-gaza.
 - 6 www.jewishcurrents.org/a-textbook-case-of-genocide.
 - 7 www.youtube.com/watch?v=0Q_zTb9dfGU
 - 8 www.972mag.com/second-nakba-government-gaza.
 - 9 www.bip-jetzt.de/2023/10/21/bip-aktuell-277-eine-sprache-die-man-noch-nie-gehört-hat.

Der Krieg gegen die Zivilbevölkerung in Zahlen

Seit dem 7. Oktober 2023 hat Israel im Gazastreifen mindestens 25 000¹ Palästinenser:innen getötet, über 60 000 wurden verletzt (Stand 23.1.2024). Mehr als 8000 Menschen werden noch vermisst – die meisten befinden sich wohl unter den Trümmern zerstörter Infrastruktur.

Bisher hat die israelische Armee rund 10 000 Kinder im Gazastreifen ermordet, im Durchschnitt also sechs Kinder pro Stunde. Bereits Ende November hatte Israel mehr Kinder² getötet als in allen Hauptkonfliktzonen der Welt zusammengezählt während des ganzen Jahres 2023 – inklusive des Ukraine-Russland-Kriegs. James Elder³, Sprecher des Kinderhilfswerks UNICEF, beschrieb die Lage wie folgt: «Gaza ist ein Friedhof für Tausende Kinder geworden.»

Insgesamt sind rund 70 Prozent⁴ aller Todesopfer Kinder und Frauen. Ein Bericht der New York Times⁵ zeigt, dass dieser Anteil in früheren Gazakriegen (2008/09, 2014, 2021) jeweils bei «nur» etwa 40 Prozent lag. Hinzu kommen mindestens 374 getötete Angestellte des Gesundheitswesens⁶, 87 Journalist:innen⁷ und 146 UNO-Mitarbeitende⁸. In der 78-jährigen Geschichte der Vereinigten Nationen ist dies der grösste Verlust an UNO-Mitarbeitenden während eines Konflikts.

In anderen Worten: Die israelischen Angriffe auf den Gazastreifen richten sich gegen die palästinensische Zivilbevölkerung und sind an Unverhältnismässigkeit nicht zu übertreffen.

Humanitäre Lage

Für diejenigen Palästinenser:innen im Gazastreifen, die den israelischen Massenmord bisher überlebt haben, wird die humanitäre Lage immer prekärer. Von den 2,2 Millionen Einwohner:innen wurden 85 Prozent⁹ aus ihren Häusern und Wohnungen vertrieben. Mehr als die Hälfte¹⁰ der Wohneinheiten wurden bereits zerstört. In überfüllten Schulen, Krankenhäusern und Flüchtlingslagern suchen Tausende von Familien Schutz. Dieser ist aber alles andere als garantiert, denn Israel greift auch solche Zivileinrichtungen an. So wurden bisher beispielsweise 378 Bildungseinrichtungen¹¹ beschädigt oder zerstört.

Neben der ständigen Unsicherheit und Todesangst leidet die Bevölkerung unter Hunger, Wassermangel und schlechten Hygienezuständen. Im Durchschnitt lässt Israel täglich 100 Lastwagen¹² mit Hilfslieferungen in das abgeriegelte Gebiet, 500 wären das benötigte Minimum. Ende Dezember schrieb die Weltgesundheitsorganisation WHO, dass 93 Prozent der Bevölke-

lung in Gaza akut von Hunger betroffen sei. Zudem breiten sich verstärkt Infektionskrankheiten aus¹³.

Philippe Lazzarini,¹⁴ Chef des Hilfswerks für Palästinäflüchtlinge UNRWA, der selber in Gaza war, beschrieb die Lage vor Ort gegenüber SRF wie folgt: «Es fehlt den Menschen an allem, sie haben alles verloren, mussten alles zurücklassen. Sie haben ihre Häuser und Wohnungen verloren, haben Verwandte verloren. Sie besitzen nicht einmal mehr eine Decke oder eine Matratze. Seit Kriegsbeginn tragen sie dieselben Kleider. Die hygienischen Bedingungen sind absolut bemitleidenswert. Sie müssen stundenlang warten, um auf die Toilette gehen zu können.»

In Spitälern ist die Lage ebenso prekär. Von 36 Spitälern mussten 21 stillgelegt¹⁵ werden, viele wurden durch israelische Angriffe zerstört. Allein für die Zeit zwischen 7. Oktober und 24. November sind 30 Angriffe auf Spitäler in Gaza erfasst. Die restlichen 15 Spitäler sind nur teilweise funktionstüchtig. Der Mangel an medizinischen Versorgungsgütern und Personal sowie Treibstoff, Elektrizität und Wasser behindert die Arbeit der Gesundheitskräfte stark. So müssen Ärzt:innen Kindern ihre Beine ohne Narkose amputieren und von Fall zu Fall entscheiden, wen zu retten und wen sterben zu lassen.

Angesichts der schrecklichen Lebensbedingungen und der Zerstörung der zivilen Infrastruktur – inklusive des Kollapses des Gesundheitssystems – ist eingetroffen, wovor viele schon lange warnen: Gaza ist unbewohnbar.

1 www.aljazeera.com/news/longform/2023/10/9/israel-hamas-war-in-maps-and-charts-live-tracker.

2 www.nytimes.com/2023/11/25/world/middleeast/israel-gaza-death-toll.html.

3 www.unicef.org/press-releases/gaza-has-become-graveyard-thousands-children.

4 Siehe Fussnote 1.

5 www.nytimes.com/2023/11/25/world/middleeast/israel-gaza-death-toll.html.

6 www.aljazeera.com/features/long-form/2024/1/23/how-doctors-in-gaza-persevere-amid-israel-attacks.

7 Siehe Fussnote 1.

8 www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-61-situation-gaza-strip-and-west-bank-including-east-Jerusalem und www.news.un.org/en/story/2023/11/1143512.

9 www.ohchr.org/en/press-releases/2023/12/israel-working-expel-civilian-population-gaza-un-expert-warns.

10 Siehe Fussnote 1.

11 Siehe Fussnote 1.

12 www.theguardian.com/world/2024/jan/19/us-food-medicine-aid-gaza-un-famine-warnings-israel.

13 www.who.int/news/item/21-12-2023-lethal-combination-of-hunger-and-disease-to-lead-to-more-deaths-in-gaza.

14 www.srf.ch/news/international/dramatische-humanitaere-lage-unrwa-chef-die-bevoelkerung-von-gaza-wurde-ihrer-wuerde-beraubt.

15 www.aljazeera.com/features/long-form/2024/1/23/how-doctors-in-gaza-persevere-amid-israel-attacks.

«In Gaza sind Frauen die Letzten, die essen, und Kinder die Ersten, die sterben»

Das UNO-Welternährungsprogramm¹ stellt am 1. Dezember fest, dass im Süden des Gazastreifens 93 Prozent der Menschen mangelernährt sind, wobei mehr als 56 Prozent unter schwerem Hunger leiden. Pro Person stehen weniger als 2 Liter Trinkwasser pro Tag zur Verfügung. Im Norden ist die Situation noch katastrophaler.

Tausende Frauen haben Kinder, Ehemann und weitere Familienangehörige verloren. Als Witwen fungieren sie nun als Familienoberhäupter und müssen sich um die restlichen Kinder sowie andere Angehörige kümmern. Schwer traumatisiert, versuchen sie, Nahrung, Wasser, medizinische Versorgung und Unterkunft zu beschaffen. Oft essen sie nur einmal am Tag², um zuerst ihre Kinder zu ernähren. Vertreibung, psychische Traumata, Hunger und der Mangel an Hygiene, medizinischer Versorgung, sauberem Wasser in oft überfüllten Unterkünften, ständige Bombardierungen sowie der Beginn des Winters mit Kälte und starken Regenfällen bringt die Menschen an ihre Grenzen. «Wir sehen überall im Gazastreifen Frauen und Kinder, die unter enormem Stress stehen und mit unvorstellbaren Schrecken konfrontiert werden», sagen Vertreter:innen von Hilfswerken³, denen es kaum mehr möglich ist, die Menschen mit dem Nötigsten zu versorgen. Frauen und Kinder sterben an vermeidbaren und behandelbaren Krankheiten sowie Verletzungen und Hunger.

Nur wenige Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen sind überhaupt und dann nur teilweise in Betrieb, sodass viele der unzähligen Verwundeten und durchschnittlich 180 Mütter⁴, die jeden Tag ein Kind zur Welt bringen, keine oder nur eine eingeschränkte medizinische Versorgung, Zugang zu sauberem Wasser oder Hilfe bei der Entbindung erhalten. Besonders tragisch ist es für jene 15 Prozent der Mütter, die aufgrund von Problemen zusätzliche medizinische Versorgung benötigen würden. Viele von ihnen sterben an Infektionen und medizinischen Komplikationen. Ärzte berichten, dass sie mangels Medikamenten Kaiserschnitte ohne Betäubung durchführen müssen und dass viele Mütter ihre Babys direkt nach der Geburt verlieren, weil es keinen Strom gibt, um Inkubatoren zu betreiben, oder weil sie nicht ausreichend Milch haben, um ihre Babys zu stillen. Babynahrung, Windeln, warme Kleidung fehlen weitgehend. Auch Hygieneprodukte

und Verhütungsmittel sind nicht mehr auffindbar, Toiletten und Waschgelegenheiten in den überfüllten Unterkünften rar und in den Zeltstätten inexistent. Die Gefahr von geschlechtsspezifischer Gewalt, Missbrauch und Diskriminierung steigt, während es keine Kapazitäten für Überwachung, Beratung oder Erste Hilfe mehr gibt. Hinzu kommen Verhaftungen von Frauen und Kindern, die in israelischen Gefängnissen schweren Misshandlungen⁵ ausgesetzt sind.

Seit dem 7. Oktober kommen jeden Tag durchschnittlich 115 Kinder um, was diesen Konflikt zum tödlichsten für Kinder in der neueren Zeit macht. Sie erleiden schreckliche Verletzungen, verlieren Beine, Arme, ihr Augenlicht. Sie fragen, ob dieser Tag vielleicht ihr letzter sein könnte. Mütter erzählen, dass ihre Kinder nicht mehr sprechen oder essen. Andere weinen und schreien bei jedem lauten Geräusch. Vier Monate Krieg haben eine ganze Generation von Kindern traumatisiert. Nicht ohne Grund stellte Antonio Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen, deprimiert fest: «Die Menschen in Gaza blicken in den Abgrund. Die Augen der Welt und die Augen der Geschichte schauen zu.»

Aktualisierte Zahlen⁶ zu Frauen und Mädchen im Gazakrieg finden sich auf der Website von UN Women. Unter der Rubrik Know their Names⁷ leistet Al Jazeera einem Teil der inzwischen rund 10 000 getöteten Kinder, die mit Namen und Alter aufgelistet werden, Tribut.

-
- www.wfp.org/publications/gaza-food-security-assessment-december-2023
 - www.wilsoncenter.org/blog-post/unraveling-multi-faceted-impact-armed-conflict-women-gaza-strip
 - www.care-international.org/news/gaza-after-two-months-war-women-last-eat-and-children-first-die
 - www.aa.com.tr/en/middle-east/nothing-less-than-survival-of-women-girls-at-stake-in-gaza-warns-un-women/3047411
 - www.newarab.com/news/israel-detains-142-palestinian-women-and-girls-gaza
 - www.unwomen.org/en/news-stories/feature-story/2023/10/facts-and-figures-women-and-girls-during-the-war-in-gaza
 - interactive.aljazeera.com/aje/2024/israel-war-on-gaza-10000-children-killed

Systematische Unterdrückung im Westjordanland und in Israel

Während die tödlichen israelischen Angriffe auf den Gazastreifen ununterbrochen weitergeführt werden, leiden Palästinenser:innen in den anderen besetzten Gebieten (Westjordanland und Ostjerusalem) und in Israel unter zunehmender Repression. Ihre Unterdrückung und Diskriminierung stellt kein neues Phänomen dar: Seit Jahrzehnten leben Palästinenser:innen in den besetzten Gebieten und in Israel gemäss Menschenrechtsorganisationen und Expert:innen in einem Apartheidsystem. Seit dem 7. Oktober hat sich ihre Situation allerdings drastisch verschlechtert. In der westlichen Berichterstattung erhält dies kaum Aufmerksamkeit.

Westjordanland – Fortgeschrittene Annexionspläne

Die israelische Regierung nutzt diese Gelegenheit, um im Westjordanland an längst festgelegten, öffentlich kommunizierten¹ und vorangetriebenen Annexionsplänen² zu feilen, ohne dabei auf Widerstand oder Sanktionen der internationalen Gemeinschaft zu stossen. Systematische Gewaltanwendung und Vertreibung – oftmals in Zusammenarbeit mit Siedler:innen – sowie Massenverhaftungen gehören zu den Mitteln, mit denen die israelische Armee diese Pläne verfolgt.

Seit dem 7. Oktober 2023 führt das Militär tagsüber und vor allem nachts völkerrechtswidrige Überfälle auf Städte im Westjordanland durch. Solche Überfälle waren schon vor Kriegsbeginn gang und gäbe, doch haben sie seither ein beispielloses Ausmass³ erreicht – praktisch alle Städte sind davon betroffen. Dabei wendet die Armee unverhältnismässige Gewalt an. In den vergangenen drei Monaten wurden im Westjordanland und in Ostjerusalem mindestens 369 Palästinenser:innen getötet⁴, die meisten davon durch israelische Soldat:innen. Bei den Invasionen werden zudem massenweise Personen verhaftet. Seit Oktober 2023 ist die Zahl palästinensischer Häftlinge rasant angestiegen⁵. Über ihre unmenschliche Behandlung in israelischen Gefängnissen berichten diverse Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International⁶ und Human Rights Watch⁷: Gefangene sind Erniedrigungen, Entzug von Nahrung und medizinischer Betreuung, Isolation, Verweigerung von Rechtsbeistand, physischer Gewalt und vielerem mehr ausgesetzt.

Auch haben sich Gewaltakte – mit teilweise tödlichem Ausgang – von bewaffneten Siedler:innen intensiviert. In Salfit⁸ zum Beispiel griffen sie Olivenbauern an und drohten ihnen mit der «Grossen Nakba», sollten sie ihre Häuser nicht verlassen und nach Jordanien fliehen. In Masafer Yatta⁹ überfielen Siedler:innen zahlreiche Dörfer, attackierten die Bewohner:innen und stellten ihnen ein Ultimatum: innerhalb von 24 Stunden fliehen oder sonst getötet werden. Ein Bericht von +972 Magazine¹⁰ erzählt die Geschichte von Amer Abu Awad. Zusammen mit seinem älteren Vater wurde er von Siedlern verprügelt, mit Waffen bedroht und vor das erwähnte Ultimatum gestellt. Man drohte ihm dabei mit der Ermordung seiner Familie. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation B'Tselem¹¹ wurden seit dem 7. Oktober 2023 über tausend Palästinenser:innen aus Dörfern in der vom israelischen Militär kontrollierten Area C vertrieben, davon 371 Kinder.

Das Ziel ist klar: Die Palästinenser:innen sollen eingeschüchtert werden, um sie vertreiben und sich das Land aneignen zu können. Dabei erhält die Siedlerbewegung kräftige Unterstützung von der israelischen Regierung und vom Militär. Dazu gehört nicht nur die Bewaffnung der Siedler:innen¹² und deren Beschützung durch israelische Soldat:innen, sondern auch die direkte Beteiligung der Einsatztruppen an Gewaltakten gegen Palästinenser:innen. Ein besonders schrecklicher Fall ereignete sich gemäss der Zeitung Haaretz¹³ am 12. Oktober 2023, als drei Palästinenser stunden-

lang von israelischen Soldaten und Siedlern misshandelt wurden. Man schlug auf sie ein, zog ihnen die Kleider aus, drückte Zigaretten auf ihren Körpern aus und urinierte auf sie. Zudem soll einer der Betroffenen sexuell belästigt worden sein.

Eine weitere Repressionsmassnahme müssen palästinensische Arbeiter:innen im Westjordanland ertragen, die normalerweise in Israel tätig sind. Etwa 120000¹⁴ von ihnen wird seit Ausbruch des Gazakrieges die Einreise verweigert. Sie können somit ihrer Arbeit nicht nachgehen und haben ihre Einnahmequelle verloren.

Israel – Starke Einschränkung der Meinungsfreiheit

Auch die Palästinenser:innen mit israelischer Staatsbürgerschaft, rund 20 Prozent der israelischen Gesellschaft, müssenpressive Massnahmen ertragen. Damit soll jegliche Kritik an der israelischen Kriegsführung im Gazastreifen beziehungsweise dessen Bombardement unterdrückt werden.

Mehrere NGOs – darunter Adalah¹⁵ – und Gewerkschaften haben Beschwerden von Arbeiter:innen und Studierenden erhalten. Für Posts in den sozialen Medien, in denen sie sich mit den Menschen im Gazastreifen solidarisierten, auf das Töten von unschuldigen Kindern hinwiesen oder ein Ende des Krieges forderten, wurden sie in der Arbeit oder an der Universität mit Disziplinarmassnahmen bestraft oder suspendiert¹⁶ und teilweise sogar verhaftet¹⁷.

Zusätzlich zu diesen Einschränkungen der Meinungsfreiheit sind palästinensische Studierende zunehmendem Hass ausgesetzt. So versammelte sich am 28. Oktober 2023 ein Mob von jüdischen Extremisten ausserhalb von Studierendenwohnheimen am Netanya Academic College und rief «Tod den Arabern»¹⁸. Solche Mobs sind in den letzten Monaten vermehrt unterwegs, sodass sich viele Palästinenser:innen abends oft nicht mehr auf die Straßen trauen. Die von der israelischen Regierung geförderte Bewaffnung jüdischer Bürger:innen¹⁹ gefährdet die Sicherheit der Palästinenser:innen in Israel noch mehr.

Eine Änderung des sogenannten Anti-Terror-Gesetzes, das neu auch den Konsum von «terroristischen» Inhalten – gemäss Israels Definition – strafbar machen soll, wurde von der Knesset am 8. November 2023 verabschiedet²⁰. Bei Verstoss droht eine Gefängnisstrafe von bis zu einem Jahr. In einer Stellungnahme²¹ zeigt die NGO 7amleh auf, wie das Gesetz die Kriminalisierung von Menschen ermöglicht, die weder ein Verbrechen begangen noch ein solches geplant haben. Es erhöht die israelische Überwachung palästinensischer Bürger:innen und verletzt ihre Privatsphäre, ihre Meinungsfreiheit und ihr Recht auf Informationszugang.

-
- 1 www.newarab.com/news/israeli-minister-calls-annexation-occupied-west-bank.
 - 2 www.adalah.org/uploads/uploads/Annexation_on_37th_govt_EN.pdf.
 - 3 www.aljazeera.com/news/2023/12/28/unparalleled-israeli-army-raids-ramallah-more-occupied-west-bank-cities.
 - 4 www.aljazeera.com/news/longform/2023/10/9/israel-hamas-war-in-maps-and-charts-live-tracker.
 - 5 www.aljazeera.com/features/2023/10/21/number-of-palestinian-prisoners-in-israel-doubles-to-10000-in-two-weeks.
 - 6 www.amnesty.org/en/latest/news/2023/11/israel-opt-horrifying-cases-of-torture-and-degrading-treatment-of-palestinian-detainees-amid-spike-in-arbitrary-arrests.
 - 7 www.hrw.org/news/2023/11/29/why-does-israel-have-so-many-palestinians-detention-and-available-swap.
 - 8 www.haaretz.com/israel-news/2023-10-27/ty-article/.premium/wait-for-the-great-nakba-palestinians-find-threatening-leaflets-on-cars-in-west-bank/0000018b-72aa-d1da-a1bb-7fba5a020000.
 - 9 viacampesina.org/en/imminent-massacre-threatens-palestinian-peasants-in-east-hebron/
 - 10 www.972mag.com/hebron-area-settler-violence-expulsions.
 - 11 www.btselem.org/settler-violence/20231019/forcible-transfer_of_isolated_communities_and_families_in_area_c_under_the_cover_of_gaza_fighting.
 - 12 www.timesofisrael.com/ben-gvir-says-10000-assault-rifles-purchased-for-civilian-security-teams.
 - 13 www.haaretz.com/israel-news/2023-10-21/ty-article-magazine/.premium/beatings-burns-attempted-sexual-assault-settlers-and-soldiers-abused-palestinians/0000018b-530f-d1d7-ab8b-7f5fca1d0000.
 - 14 www.haaretz.com/israel-news/2024-01-22/ty-article-magazine/.premium/israel-wont-let-palestinian-workers-in-but-its-economy-needs-them-desperately/0000018d-2bda-dd75-addb-fbfb543a0000.
 - 15 www.adalah.org/uploads/uploads/Data_Students_Presentation.pdf.
 - 16 www.aljazeera.com/features/2023/10/15/from-friend-to-enemy-palestinians-in-israel-suspended-from-jobs-over-war.
 - 17 www.972mag.com/israeli-academia-crackdown-palestinian-students.
 - 18 www.middleeasteye.net/news/israel-palestinian-students-trapped-hours-hundreds-israelis-chanted-death-arabs.
 - 19 www.timesofisrael.com/ben-gvir-says-10000-assault-rifles-purchased-for-civilian-security-teams.
 - 20 www.aljazeera.com/news/2023/11/8/knesset-introduces-consumption-of-terrorist-publication-as-offense.
 - 21 7amleh.org/2023/11/20/7amleh-releases-a-position-paper-on-the-israeli-law-prohibiting-the-consumption-of-terrorist-publications.

Berichterstattung, Desinformation, Propaganda und die Rolle der Medien

Wer nach dem 7. Oktober versuchte, die Taten der palästinensischen Milizen zu kontextualisieren, war rasch mit dem Vorwurf konfrontiert, diese zu verharmlosen. Das Argument der Kritiker:innen: Es gibt keine Erklärung für die verübte Gewalt. Wer auch nur versuche, die Frage nach dem Warum für diese Taten zu stellen, legitimiere das Vorgehen. So geschah es der Philosophin Judith Butler¹, die die Gewalt nicht rechtfertigte, aber forderte, sie historisch einzuordnen. Dafür wird sie massiv angefeindet.

Eine Kontextualisierung des historischen Hintergrunds und der rechtlichen und sozialen Lebenssituation der Menschen vor Ort bedeutet nicht eine Billigung der Taten. Vielmehr geht es um die Einordnung und Beurteilung der Ereignisse. So wie bei jeder Straftat die Frage nach dem Warum gestellt werden muss.

Der Diskurs zu Israel/Palästina ist jedoch seit jeher beschränkt, der geschichtliche Hintergrund ist weitgehend ausgeblendet. Charakterisierungen wie Apartheid, Siedlungskolonialismus und Freiluftgefängnis werden mit dem Vorwurf des Antisemitismus delegitimiert. Fast jede Erzählung über Gewalt beginnt mit einem Anschlag von palästinensischer Seite. Die strukturelle Unterdrückung der Palästinenser:innen auf allen Ebenen wird nicht benannt und das Recht auf Widerstand gegen Besatzung, Vertreibung und andre Menschenrechtsverletzungen nicht anerkannt.

Bei den tödlichen Angriffen der palästinensischen Kämpfer wird die Unmenschlichkeit unterstrichen. Werden jedoch in Gaza Zivilpersonen zu Tausenden ermordet, so behandeln sie die Medien als unvermeidbare Kollateralschäden einer Militäroperation, deren Legitimität nicht infrage gestellt wird.

Genau dieser parteiische Diskurs bringt uns nicht weiter. Judith Butler begründet die Forderung nach Kontextualisierung wie folgt²: «Wenn wir wissen wollen, was die Gewalt in der Region reproduziert, um der Gewalt endgültig Einhalt zu gebieten, dann müssen wir mit den Historikern zusammenarbeiten, um die selbsternannte Kolonialisierung dieser Länder durch die politischen Zionisten, die Bedingungen, unter denen der Staat Israel gegründet wurde, und die Geschichte der Enteignung, Entrechtung, Inhaftierung, Belagerung und Bombardierung zu verstehen. Wenn wir Frieden für die Region und eine Zukunft anstreben, in der alle Bewohner des Landes unter Bedingungen der Gleichheit und Freiheit leben, dann müssen wir gemeinsam neu darüber nachdenken, wie sich Staatsgebilde im Laufe der Zeit verändern können und sollten.»

Desinformation, Propaganda

Um einen verfälschten Diskurs aufrecht zu erhalten, werden Informationsquellen unterschiedlich gewichtet oder absichtlich gefälscht. Der überwiegende Teil der Informationen, die hiesige Medienkonsument:innen erreichen, hat seinen Ursprung in der israelischen Armee und anderen israelischen Behörden. Oft stellen sich Behauptungen später als Unwahrheiten oder bewusste Ungenauigkeiten heraus.

Trotzdem werden israelische Staatsorgane oft unkritisch als Quellen benutzt. Die Angaben der Gesundheitsbehörden aus dem Gazastreifen über die Anzahl der Todesopfer werden dagegen mit der Ergänzung diskreditiert, sie liessen sich «nicht unabhängig überprüfen»³, obwohl sie sich in der Vergangenheit als relativ verlässlich bestätigt⁴ haben. Forderungen nach unabhängiger Berichterstattung werden von israelischer Seite zurückgewiesen, ausländischen Journalist:innen wird der Zugang zum Gazastreifen verwehrt⁵ und Medienschaffende⁶ vor Ort werden gezielt angegriffen, über 100 von ihnen wurden gemäss dem Palestine Journalist Syndicate in den letzten drei Monaten getötet. Um die Deutungshoheit zu behalten, pocht Israel mit Erfolg auf Sprachregelungen, die es bereits 2009 in einem eigenen Glossar⁷ definiert hat. Die palästinensische Seite soll gezielt entmenschlicht und legitimer Widerstand kriminalisiert werden.

Beispielhaft für die Dehumanisierung der Palästinenser:innen ist die mantraartige Betonung der besonders furchterlichen Grausamkeiten⁸ der bewaffneten Angreifer aus dem Gazastreifen, die das Ziel verfolgt hätten, möglichst viele unschuldige Zivilist:innen möglichst brutal zu ermorden. Auch die Betonung, es handle sich um den schlimmsten Gewaltakt gegen Jüd:innen seit dem Holocaust, geht in diese Richtung. Als Beleg dafür wurde unter anderem ausgewählten Journalist:innen auch in der Schweiz Filmmaterial⁹ vorgelegt, ohne dass sie die Möglichkeit erhielten, das Material zu überprüfen, wie sonst üblich. Doch die Authentizität und insbesondere die Aussagekraft der Bilder¹⁰ sind zum Teil umstritten. Offenbar reicht es nicht, von Hamas und andren Milizen tatsächlich begangene Völker- und Menschenrechtsverletzungen zu verurteilen, wie dies seriöse Menschenrechtsorganisationen¹¹ tun. Den Kämpfern werden auch Taten unterstellt, die sie nicht begangen haben (geköpfte Babys) oder für die die israelische Armee verantwortlich ist (Beschuss von Häusern im Kibbuz Be'eri und Fahrzeugen am Nova-Festival), wie Recherchen von Mondoweiss¹², Electronic Intifada¹³, Grayzone¹⁴ bzw. Journalisten wie Ali Abunimah¹⁵, Max Blumenthal¹⁶ und Asa Wistanley¹⁷ zeigen. Gravierend ist auch der von regierungsnahen Kreisen orchestrierte Vorwurf systematischer sexualisierter Gewalt, der von unzähligen westlichen Medien ungeprüft übernommen wurde und in Wikipedia¹⁸ Eingang findet, obwohl sich die bis dorthin vorgelegten Belege als wenig belastbar¹⁹ herausstellten. Dass es sexualisierte Gewalt gegeben hat, kann nicht ausgeschlossen werden und ist dort, wo sie stattgefunden hat, klar zu verurteilen. Perfid und gegenüber tatsächlichen Opfern zynisch ist aber die Strategie regierungsnaher israelischer Juristinnen, feministischen Organisationen weltweit gestützt auf manipulierte Belege²⁰ und Spekulationen vorzuwerfen, sie ignorierten sexualisierte Gewalt absichtlich, weil die Opfer jüdisch seien. Gegen diese Instrumentalisierung von Vergewaltigungsvorwürfen wehren sich auch palästinensische Feministinnen²¹.

Gerade in der Frage der sexualisierten Gewalt wie in der Aufarbeitung der Ereignisse vom 7. Oktober ins-

gesamt ist daher eine quellenkritische Berichterstattung und die Erleichterung unabhängiger Untersuchungen umso wichtiger. Israel ist daran nur begrenzt interessiert. Anstatt beispielsweise die verbrannten Autos vom Festival auf DNA-Spuren auszuwerten, sollen diese unter einem religiösen Vorwand geschreddert und begraben²² werden.

Ein weiteres Element der israelischen Propaganda und Desinformation sind die wiederholten Behauptungen, die Hamas missbrauche Spitäler und andre laut Völkerrecht unter besonderem Schutz stehende Infrastrukturen und die eigene Bevölkerung als Schutzschild, während Israel zivile Opfer u. a. durch Warnungen zu verhindern versuche. Wie sehr die israelische Armee dabei mit Manipulationen arbeitet, dokumentieren immer wieder Medien wie Al Jazeera²³ (am Beispiel des Al-Shifa-Spitals) oder die in London basierte Initiative Forensic Architecture²⁴, die nach detaillierten Auswertungen vorhandenen Bildmaterials zum Schluss kommt: «Unsere Analyse deutet darauf hin, dass die Krankenhäuser im Gazastreifen im Rahmen der laufenden Invasion einem systematischen Muster von Einschüchterung und Gewalt durch das israelische Militär ausgesetzt sind.»

Die Rolle der Medien

Damit dieser Diskurs greifen kann, braucht es Medien, die Israels verfälschte Darstellung und Sprache übernehmen und Gerüchte breitschlagen. Die Zeitschrift The Intercept²⁵ unterzog drei US-amerikanische Zeitungen einer genaueren Analyse und ermittelte eine klar proisraelische Schlagseite. So wurde etwa der Begriff «slaughter» (Abschlachten) für die Tötung von Israelis im Vergleich zu Palästinenser:innen im Verhältnis von 60 zu 1 verwendet und «Massaker» im Verhältnis 125 zu 2. Francesca Albanese, UN-Sonderberichterstatterin für das besetzte Palästinensische Gebiet, kommentierte wie folgt: «Nach Monaten, in denen westliche Medien den sich abzeichnenden Völkermord in Gaza und alle Arten von Völkerrechtsverletzungen an Palästinenser:innen falsch dargestellt oder nicht darüber berichtet haben, stellt sich die Frage: Haben Journalist:innen nicht einen Verhaltenskodex und eine Berufsethik, an die sie sich halten und für die sie zur Rechenschaft gezogen werden können?»

Der palästinensische Thinktank Al-Shabaka²⁶ konstatiert: «Es liegt auf der Hand, dass die Sprache ein wichtiges Instrument für Unterdrückungsregime ist, nicht nur, um die andere Seite zu entmenschlichen, sondern auch, um die Realität auf den Kopf zu stellen. Worte wie ‹Evakuierung› und ‹sichere Routen› verschleieren die Realität von Massenvertreibung und Todesmärchen. Sie erwecken den Eindruck, dass es sich um eine wohlwollende Macht und nicht um ein völkermordendes Regime handelt. Alles als ‹Hamas-gesteuert› zu bezeichnen, gibt grünes Licht für Bombardierungen. So wird eine Schule, ein Krankenhaus oder eine Fabrik zu einem legitimen Ziel und Zivilist:innen werden zu ‹Kollateralschäden›. Israelische Beamte dehnen die

Zugehörigkeit zur Hamas nun auf nahezu die gesamte Infrastruktur in Gaza aus – einschliesslich UN-Einrichtungen.» Diese Sprache Israels findet sich auch in zahlreichen europäischen und Schweizer Medien wieder. Mehr noch, sie tragen aktiv zur Diskreditierung von Friedens- und Menschenrechtsorganisationen, aber auch gewaltfreien Formen des Widerstands wie der BDS-Kampagne und israelkritischen Ansätzen bei. Für betroffene Organisationen und Personen kann dies gravierende Folgen haben. Zwei Beispiele:

Der Direktor des Friedensforschungsinstituts Swisspeace Laurent Goetschel sprach sich öffentlich gegen ein Verbot der Hamas aus und erwähnte die Einstaatenlösung als möglichen Lösungsansatz. Der Friedensforscher mit jüdischen Wurzeln begründete seine Opposition gegen das Verbot der Hamas damit, man müsse mit allen Stakeholdern verhandeln können, um Frieden zu erreichen. Seine Vorstellung von einem Staat knüpfte er an die Bedingung gleicher Rechte für alle Bewohner:innen, um eine friedliche Gesellschaft zu etablieren. Die Basler Zeitung bezeichnete ihn daraufhin als «israelfeindlich» und der Landrat des Kantons Baselland strich kurzerhand die finanzielle Unterstützung für das Institut – ein klarer «politischer Maulkorb für die Wissenschaft», wie Goetschel kommentierte.

Im Oktober 2023 strich das Aussendepartement (EDA) zudem mehrere palästinensischen Menschenrechtsorganisationen und NGOs die Unterstützung. Andra Studer, die für die Entwicklungszusammenarbeit in der Region zuständige Vizedirektorin der DEZA²⁷, wurde von Aussenminister Cassis offenbar als Bauernopfer entlassen. Die Streichung der Gelder ordnete Cassis aufgrund von vagen Vorwürfen der Tamedia-Gruppe an, die entsprechenden NGOs hätten den Angriff vom 7. Oktober zu wenig verurteilt. Im Hintergrund hatte auch die zionistische Lobbyorganisation²⁸ NGO Monitor ihre Finger im Spiel.

Die meisten Medien in der Schweiz tragen, sofern sie nicht eindeutig für Israel Partei ergreifen wie etwa die NZZ, in der einen oder andren Form aktiv dazu bei, den von Israel verfälschten Diskurs als einzig gültigen zu etablieren. Wer dem widerspricht, muss mit Konsequenzen rechnen oder, wie Laurent Goetschel es formuliert: «Wer nicht sagt, was man selber denkt, wird sofort in die Ecke gestellt.»

- 1 www.freitag.de/autoren/der-freitag/judith-butler-ueber-den-terror-der-hamas-und-die-geschichte-der-gewaltund
www.youtube.com/watch?v=FZZFi_0ytyo.
- 2 www.fr.de/kultur/gesellschaft/judith-butler-israel-hamas-krieg-philosophin-interview-ne-tanjahu-biden-antisemitismus-92678387.html.
- 3 www.20min.ch/story/nahostkonflikt-verwi-cklung-in-hamas-angriff-unrwa-entlaesst-mitarbeiter-566174374995.
- 4 www.theguardian.com/world/2023/oct/26/can-we-trust-casualty-figures-from-the-hamas-run-gaza-health-ministry.
- 5 www.theguardian.com/commentisfree/2023/nov/29/atrocities-gaza-journalists-media.
- 6 theintercept.com/2024/01/12/al-jazeera-journalist-israel-gaza/.
- 7 www.transcend.org/tms/wp-content/uploads/2014/07/sf-israel-projects-2009-global-language-dictionary.pdf.
- 8 www.tagesspiegel.de/internationales/menschen-abgeschlachtet-lebendig-verbrannt-hamas-taten-erinnern-helfer-in-israel-an-ge-schichten-aus-dem-holocaust-10610200.html.
- 9 www.rts.ch/play/tv/-/video/-?urn=urn:rts:video:145177449.
- 10 www.youtube.com/watch?v=mc5iG3DX7ho.
- 11 www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nord-africa/israel-besetzte-gebiete/dok/2023/bewaffnete-palaestinensische-gruppen-mues-sen-zur-rechenschaft-gezogen-werden.
- 12 www.mondoweiss.net/2023/10/a-growing-number-of-reports-indicate-israeli-forces-responsible-for-israeli-civilian-and-military-deaths-following-october-7-attack/.
- 13 www.electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/israel-admits-burning-hundreds-people-7-october.
- 14 www.thegrayzone.com/2023/10/27/israels-military-shelled-burning-tanks-helicopters/.
- 15 www.youtube.com/watch?v=G8PWUAtGIBo&t=14s.
- 16 www.youtube.com/watch?v=d0gEC1lpXF8.
- 17 www.electronicintifada.net/blogs/asa-winstanley/israeli-hq-ordered-troops-shoot-israeli-captives-7-october.
- 18 https://de.wikipedia.org/wiki/Geschlechts-spezifische_und_sexuelle_Gewalt_durch_die_Hamas_w%C3%A4hrend_des_Terrorangriffs_am_7._Oktober_2023.
- 19 www.mondoweiss.net/2023/12/despite-lack-of-evidence-allegations-of-hamas-mass-rape-are-fueling-israeli-genocide-in-gaza/.
- 20 www.mondoweiss.net/2024/01/family-of-key-case-in-new-york-times-october-7-sexual-violence-report-renounces-story-says-reporters-manipulated-them/.
- 21 www.jadaliyya.com/Details/45725/Weaponizing-Rape.
- 22 www.ipost.com/israel-news/article-774511.
- 23 www.aljazeera.com/news/2023/11/19/when-will-israeli-army-explain-inconsistencies-in-al-shifa-hospital-videos.
- 24 www.forensic-architecture.org/investigation/destruction-of-medical-infrastructure-in-gaza.
- 25 theintercept.com/2024/01/09/newspapers-israel-palestine-bias-new-york-times/.
- 26 novaramedia.com/2023/11/28/the-world-is-finally-waking-up-to-israels-information-war-but-is-it-too-late/.
- 27 www.tagessanzeiger.ch/andrea-studer-der-ue-berraschende-abgang-der-deza-vizedirektorin-401742954750.
- 28 www.nzz.ch/schweiz/nahost-konflikt-aussendepartement-wehrt-sich-gegen-vorwurf-von-einer-israelischen-lobbygruppe-instrumentalisiert-worden-zu-sein-ld.1769354.

**Heba Abu Nada, Romanautorin – starb
bei einem israelischen Bombenanschlag
am Freitag, 20. Oktober 2023**

Facebook-Post vom 15. Oktober

Wir bauen oben eine zweite Stadt: Ärzte ohne Patienten oder Blut, Professor:innen ohne Gedränge und Geschrei der Schüler:innen, neue Familien ohne Schmerz oder Traurigkeit, Journalist:innen, die das Paradies fotografieren, und Dichter, die über ewige Liebe schreiben. Alle sind aus Gaza.

Im Paradies nimmt ein neuer Gazastreifen ohne Besatzung Gestalt an.

Facebook-Post vom 17. Oktober

Die Sache ist folgende: Wir sind alle auf einem offenen Feld, von der Belagerung erschöpftes Getreide. Der Tod trägt eine riesige Sense und schwingt damit rechts und links nach uns. Wir sterben alle und das Feld leert sich, und die Getreideähren fliegen!

Kinder sind gestorben, die ihren Namen noch nie benutzt haben!

Facebook-Post vom 18. Oktober

Unser Familienfoto: ein Sack mit Leichenteilen, ein Haufen Asche, fünf nebeneinander gewickelte Leichentücher unterschiedlicher Grösse.

Familienfotos in Gaza sind anders, aber wir waren zusammen und sind zusammen gegangen.

Wir sind kaum noch am Leben, Gott weiss das, aber wir haben die Namen derer nicht vergessen, die uns im Stich gelassen haben, und derer, die uns unterstützt haben. Diese Namen sind für die Ewigkeit. Wir werden sie in unseren Särgen tragen, wenn wir sterben. Wir werden sie tragen, bis das Unrecht besiegt ist und die Wahrheit gewinnt.

Facebook-Post vom 19. Oktober

um 12:10 Uhr

Meine Freundesliste schrumpft und verwandelt sich in kleine, hier und da verstreute Särge. Ich kann meine Freunde nicht einfangen, während sie den Raketen nachfliegen. Ich kann sie nicht wieder zurückbringen. Ich kann ihnen kein Beileid aussprechen und ich kann nicht weinen. Ich weiss nicht, was ich tun soll!

Jeden Tag schrumpft die Liste der Lebenden. Das sind nicht nur Namen. Es sind unterschiedlichste Gesichter und Leben.

Oh Herr, was sollen wir angesichts dieses grossen Todesfestes tun, oh Herr?

Es gibt nichts, das sie zurückbringt. Alles ist eine grosse Lüge ...

um 20:30 Uhr

Das Viertel Al-Zahra in Gaza ist bedroht. Alle 24 Hochhäuser werden jetzt bombardiert. Eine ganze Stadt wird gemartert, Haus für Haus. Oh Gott, oh Gott!

Refaat Alareer:

Wenn ich sterben muss

Der Lyriker, Essayist, Dozent und Aktivist starb am Mittwoch, 6. Dezember 2023 bei einem israelischen Luftangriff

Wenn ich sterben muss,
musst du leben,
um meine Geschichte zu erzählen,
um mein Hab und Gut zu verkaufen,
um ein Stück Stoff zu besorgen
und ein paar Schnüre
(in Weiss mit einem langen Schweif)
sodass ein Kind, irgendwo in Gaza
während es in den Himmel schaut
wartend auf seinen Vater, der in einem Feuerball
verschwunden ist –
und von niemandem Abschied genommen hat
nicht einmal von seinem Leib
nicht einmal von sich selbst –
den Drachen, meinen Drachen, den du gemacht hast,
oben fliegen sieht
und für einen Augenblick denkt, dass ein Engel da ist,
der die Liebe zurückbringt.
Wenn ich sterben muss,
lass es Hoffnung bringen,
lass es ein Märchen sein.

Amal Abu Assi Al-Yaziji, Schriftstellerin

Wenn wir gehen, wird unsere Geschichte für immer vergessen. Reisst Palästina aus eurem Gedächtnis, denn ihr braucht es nicht.

Sagt euren Freunden, dass es Hoffnung gab und dass sie dann erloschen ist.

Führt euer Leben weiter, als ob es uns nie gegeben hätte, spielt, trinkt, esst, geht spazieren, feiert, dekoriert, singt, tanzt, tut alles.

Aber hütet euch davor, in eure Spiegel zu schauen, denn wenn ihr das tut, werdet ihr unser Blut auf euren Gesichtern sehen, unsere Körperteile in euren Händen, unsere Schreie in euren Gesichtszügen und unsere Stimmen wie Rauch, der die Karte Palästinas auf eurem Körper eingebrannt.

Wenn wir gehen, zerreißt die Geschichtsbücher und erzählt euren Kindern nicht, dass es hier ein Volk gab, das 75 Jahre lang lebte, ohne die Hoffnung zu verlieren, bevor die Hoffnung es tötete.

Wenn wir gehen, vergesst die Geografie.

Achtet darauf, nicht zu sagen, dass ihr mit euren grossen Erfolgen beschäftigt wart. Sagt euren Kindern nicht, dass ihr das grösste Tabouleh, das grösste Maqlouba, das luxuriöseste Mansaf mit Fleisch, das köstlichste Koshari-Gericht und die wunderbarsten künstlerischen Tänze und Gesänge hattet, während eure Nachbarn einsam vernichtet wurden.

Feiert ausgiebig, denn auf den Bildschirmen eurer Kinder wird kein Wehklagen, kein Weinen und kein schreckliches Verbrechen zu sehen sein, sie werden euch nicht nach uns fragen.

Eure grosse Sorge ist verschwunden – für immer.

Nour Al-Huda Abu Al-Nasr: 20 Jahre alt

Was wir erleben, ist schwer zu beschreiben, weil wir nicht mehr wissen, wie wir ausdrücken sollen, was in uns vorgeht. Wir sind gelähmt und können nicht aufhören, schlechte Nachrichten zu lesen. Jeder Tag ist schlimmer als der vorige. Mein Leben ist zerstört worden. Unser einziger Trost ist, dass wir noch am Leben sind. Wir wissen nicht, wie lange, aber wir sind immer noch am Leben. Am Ende vergebe ich keinem Verantwortlichen, der die Möglichkeit hatte, auf meine Familie und mein Heimatland zu schauen, aber das alles ignoriert hat. Meine Frage ist: Geht es der Welt gut, während sie jetzt auf uns schaut?

Wir sind keine Zahlen

Das Projekt Wir sind keine Zahlen¹ lässt Palästinenser:innen ihre Geschichten erzählen. So werden die Menschen fassbar und mehr Empathie soll möglich sein.

Kenne ihre Namen

Nicht nur im Gazastreifen werden Palästinenser:innen drangsaliert, getötet und vertrieben. Auch im Westjordanland und in Israel sind sie massiv bedroht. Die Seite Know their Names² auf Aljazeera berichtet seit 2023 laufend über getötete Palästinenser:innen aus Jerusalem und der Westbank, bringt aktuelle Zahlen und beschreibt die Vorfälle.

1 wearenotnumbers.org/about/.

2 www.aljazeera.com/news/longform/2023/12/12/know-their-names-palestinians-killed-by-israel-in-the-occupied-west-bank-2.

Auf der Suche nach dem politischen und moralischen Kompass

Der Angriff palästinensischer Milizen aus dem Gaza-streifen am 7. Oktober stellt für Palästinenser:innen wie Israelis einen markanten Einschnitt dar, wird aber völlig unterschiedlich erlebt.

Viele Palästinenser:innen sehen sich unabhängig von Religion oder politischer Überzeugung als Teil des Kollektivs, das zu einem mutigen Befreiungsschlag¹ aus Isolation und Perspektivlosigkeit ausgeholt hat. Gaza stand für sie bereits vor dem Überfall für die Kontinuität der Nakba, ein jahrzehntelanges Trauma und für einen von der Weltöffentlichkeit unbeachteten schleichenden Genozid. Die Reaktion Israels bestärkt sie darin, jenem Volk anzugehören, das mit allen Mitteln vertrieben und seiner legitimen Rechte beraubt wird. Einem Volk, das in vielen westlichen Ländern auf tau-be Ohren, wenn nicht Feindseligkeit und Repression stösst, wenn es die eigene Unrechtserfahrung zur Sprache bringt, wie die Kulturwissenschaftlerin Sarah El Bulbeisi in einem Gastkommentar der NZZ² schreibt.

Die Israelis wurden vom Überfall völlig unvorbe-reitet getroffen und an eigene Traumata aus der jüdi-schen Geschichte erinnert. Der Angriff zerstörte die Illusion, dank militärischer Überlegenheit und Duldung der Staatengemeinschaft ein koloniales Unrechtsre-gime aufrechterhalten und sich trotzdem in relativer Sicherheit wiegen zu können. Bezeichnenderweise war in Israel die Realität der Besatzung letztes Jahr in den Protesten gegen die Aushebelung einer unab-hängigen Justiz kaum ein Thema. Doch wie die für die Rückkehr der Flüchtlinge eintretende NGO Zochrot³ treffend schreibt, ist niemand sicher, solange nicht alle sicher sind. «Die Sicherheit der Israelis kann nicht von der Unterdrückung und Enteignung der Palästi-nenser:innen abhängen.»

Neben Betroffenheit und Trauer über die Toten, Verletzten, Verschleppten, Flüchtenden, um ihr Über-leben kämpfenden setzte unmittelbar ein Ringen um die politische und moralische Einordnung der Er-eignisse statt. Wer verurteilt wen? Wer gibt wem die Schuld? Was genau ist vorgefallen? Wo liegt Versa-gen, wo Kalkül vor? Welcher Druck, welche Solidarität sind gefordert?

Allein die Einbettung der Ereignisse in den histo-rischen Kontext wurde anfänglich, allen voran von zio-nistischen Linken⁴, als verwerflich skandalisiert. Viele Palästinenser:innen beklagen zudem den entwürdi-genden Umstand, dass sie ungeachtet ihrer eigenen Verluste jeweils zuerst israelische Opfer betrauern und sich von der Hamas distanzieren müssen, bevor sie als legitimate Gesprächspartner:innen akzeptiert werden. Der Vorwurf mangelnder Empathie mit jüdi-schen Opfern wurde zum politischen Druckmittel. Das Insistieren auf der angeblich «beispiellosen» Brutalität palästinensischer Milizen reiht sich ein in die palästi-nensische Erfahrung von Dehumanisierung und Ent-rechtung. Der Historiker Ilan Papé⁵ weist darauf hin, dass selbst von sogenannt progressiven Kreisen eine Sprache verwendet wird, die «Israel immunisiert und nicht zulässt, dass der palästinensische antikoloniale Kampf gerechtfertigt, akzeptiert und legitimiert wird.»

Umso wichtiger sei es, die Ereignisse in die Praxis zionistischer Politik der Eliminierung der Palästinenser:innen einzuordnen.

Unbestrittenemassen war der Überfall von Gewalt und Völkerrechtsverletzungen begleitet. Palästinensische NGOs wie Adalah⁸ und Solidaritätsgruppen weltweit haben dies verurteilt und doch den Kontext jahrzehntelanger Unterdrückung und das Recht auf Widerstand betont. Die Frage angemessene «Verurteilung» insbesondere der Hamas wird aber eingesetzt, um den Palästinenser:innen das Recht auf Selbstbestimmung, aktives Handeln und Widerstand gegen Apartheid und Besatzung – auch mit gewaltfreien Mitteln – abzusprechen. Dieses Vorgehen kritisiert die Gruppe Jüdisch Antikolonial⁹ und sieht darin die irrite Behauptung gestützt, «dass der Hauptgrund für mit Palästina solidarische Positionen nicht linke Visionen und der Wunsch nach Gerechtigkeit und Freiheit, sondern Islamismus oder Antisemitismus seien».

Eine der wertvollen Stimmen der ersten Tage war der Traumaforscher Gabor Maté¹⁰, der als Kind selbst Verfolgung erfahren hat. Auch er verurteilt die Gewalt palästinensischer Milizen gegen Zivilpersonen, betont aber ebenso klar die Unvergleichbarkeit der Machtverhältnisse, der Gewalterfahrungen und damit der Verantwortung zwischen israelischer und palästinensischer Seite. Emotionen wie Trauer, Wut, Angst, Entsetzen Raum zu geben, sei wichtig, entbinde aber nicht von der Verantwortung für das eigene Sprechen und Handeln. Essenziell für eine Friedensvision sei die Bereitschaft, die Erfahrungen der andren Seite zu verstehen. In Momenten, wo das Gefühl dominiert, unverstanden oder bedroht zu sein, ist dies eine schwierige Aufgabe. Von der Fähigkeit dazu zeugt die israelische Journalistin Amira Hass¹¹, die im Gazastreifen viele Gräueltaten der israelischen Armee dokumentiert hat. In einer Podiumsdiskussion Mitte Oktober bekennt sie, dass das Schweigen palästinensischer Freunde zu den israelischen Opfern sie schmerzt. Es lehre sie aber auch, so sehr sie die palästinensische Gesellschaft kenne, das enorme Ausmass ihrer Unterdrückung unterschätzt oder nicht erfasst zu haben.

Bleibt das Thema Gewalt. Das Völkerrecht legitimiert Widerstand gegen eine Besatzungsmacht auch mit Waffengewalt, schreibt aber zwingend die Unterscheidung von Zivilpersonen und Kombattant:innen vor. Damit ist noch nichts über Sinnhaftigkeit und Moralität des bewaffneten Kampfs gesagt. Der Politologe Gilbert Achcar¹² unterstreicht die Bedeutung moralischer Überlegenheit, die Unterdrückte im Kampf gegen ihrer Unterdrücker:innen geltend machen können. David Finkel¹³ warnt davor, den Angriff als Fortschritt für den Widerstand und den Befreiungskampf zu interpretieren: «Die Anerkennung des Grundrechts unterdrückter Völker auf Widerstand, auch mit Waffen, entbindet nicht von der Verantwortung, die Methoden und die Politik der Kräfte zu analysieren, die in ihrem Namen handeln.» Der Journalist Ali Abunimah¹⁴ betont dagegen 2021 in einem Artikel zur Gewalt palästinensischer Widerstandsgruppen, es gebe keine moralische Gleich-

wertigkeit zwischen einem kolonisierten Volk, das mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln sein anerkanntes Recht auf Widerstand ausübt, und [...] Israel, das seine ausgefeilte Rüstungstechnologie einsetzt, um die palästinensische Bevölkerung zu terrorisieren und zu unterwerfen. Er zitiert aus Nelson Mandelas Der lange Weg zur Freiheit: «Es ist immer der Unterdrücker, nicht der Unterdrückte, der die Form des Kampfes diktiert. Wenn der Unterdrücker Gewalt anwendet, haben die Unterdrückten keine andere Möglichkeit, als mit Gewalt zu antworten. In unserem Fall war es eine legitime Form der Selbstverteidigung. [...] Es liegt an euch, nicht an uns, auf Gewalt zu verzichten.»

Priorität gegenüber all diesen Erwägungen, die nicht den Anspruch haben, abschliessend zu sein, hat aktuell jedenfalls die Durchsetzung eines sofortigen dauerhaften Waffenstillstands, um das laufende Ge metzel und Zerstörungswerk im Gazastreifen zu stoppen. Die Bedingungen für ein freies Palästina sind längerfristig auszuhandeln. Für fortschrittliche Kräfte beinhaltet das zweifellos die Vision einer säkularen, gleichberechtigten, gemischt ethnisch-religiösen Gesellschaft, wie sie das Denken der palästinensischen Befreiungsbewegungen über Jahrzehnte geprägt hat.

-
- 1 www.aljazeera.com/opinions/2023/10/14/on-october-7-gaza-broke-out-of-prison.
 - 2 www.nzz.ch/feuilleton/gaza-krieg-westen-will-das-leid-der-palaestinenser-nicht-sehen-ld.1772777?reduced=true.
 - 3 www.zochrot.org/publication_articles/view/56535/en?Our_Responsibility_to_End_the_Cycle_of_Violence.
 - 4 www.palestinechronicle.com/the-righteous-fury-of-the-israeli-left-ilan-pappe.
 - 5 www.palestinechronicle.com/the-righteous-fury-of-the-israeli-left-ilan-pappe.
 - 6 www.adalah.org/en/content/view/10898.
 - 7 bds-info.ch/index.php/fr/articles/sur-la-condamnation-et-la-distanciation.
 - 8 www.youtube.com/watch?v=SHDBw-wx6w0.
 - 9 acmu.georgetown.edu/2023/10/19/israel-gaza-war-a-conversation-with-amira-hass.
 - 10 lanticapitaliste.org/actualite/international/israel-se-prepare-commettre-un-crime-contre-lhumanite.
 - 11 againstthecurrent.org/atc227/catastrophe-in-palestine-and-israel.
 - 12 electronicintifada.net/content/its-time-change-liberal-discourse-about-hamas/33376.

Staatsräson in Deutschland, aber auch in der Schweiz

Die Rede von Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Sicherheit Israels sei «deutsche Staatsräson», ist Doktrin und geht hin bis zur Interpretation, Deutschland müsse im Nahen Osten in den Krieg ziehen, sollte Israel militärisch angegriffen werden. Staatsräson bedeutet, nicht zum ersten Mal in der deutschen Geschichte, dass die Interessen des Staates über alle anderen Rechte gestellt werden, insbesondere über Menschen- und Völkerrecht.

Von der rechtsextremen Alternative für Deutschland bis hin zur Partei Die Linke ist Deutschland vereint in unverbrüchlicher Solidarität mit Israel und damit Komplizin bei Landraub, ethnischer Säuberung und dem Genozid der israelischen Armee an der Zivilbevölkerung des Gazastreifens. Was immer das Besetzungsregime tut, wird mit «Israels Recht auf Selbstverteidigung» legitimiert; ausdrücklich auch die Bombardierung des Gazastreifens.

Die gesamte politische Elite des Landes ist sich darin einig, Solidaritätsbekundungen mit dem palästinensischen Volk und Proteste gegen das Massenmorden im Gazastreifen zu unterbinden oder einzudämmen. Und so kommt es denn auch dazu, dass palästinensische Flaggen und gar Keffiyehs (das traditionelle arabische Halstuch) von der Polizei beschlagnahmt werden, dass staatliche wie private Institutionen Räume für Informationsveranstaltungen verweigern, dass Kundgebungen verboten werden und wer trotzdem protestiert, juristisch verfolgt wird.

Wer sich nicht ausdrücklich für Israel positioniert, wird stigmatisiert und bedroht. Öffentlich zelebriertes Mitgefühl wird ausschliesslich israelischen Opfern dieses Krieges entgegengebracht.

Deutsche Politiker wie Kanzler Olaf Scholz und sein Vize Robert Habeck geisseln in vielbeachteten Reden die Taten der «Hamas» mit empörten Worten wie «Gewaltorgie» etc. Zum Massenmord an der Bevölkerung im Gazastreifen fehlen ihnen die verurteilenden Worte.

Trotz Hetze und Kriminalisierung gehen inzwischen weite Teile der Zivilgesellschaft in Deutschland landauf, landab auf die Strasse und fordern Freiheit für Palästina, Waffenstillstand jetzt! Stop the Genocide!

Studierende in Berlin und anderswo brechen allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz das Schweigen. Der Berliner Kultursenat beabsichtigte, die Vergabe von Kunstförderung an ein Bekenntnis zur IHRA-Antisemitismusdefinition zu binden, scheiterte jedoch an Bedenken seiner juristischen Berater:innen zur Durchsetzbarkeit. Studierende der Uni Potsdam sehen aufgrund der einseitigen Solidaritätsbekundungen ihrer Universität die akademische Freiheit und das Recht auf freie Meinungsäusserung massiv eingeschränkt und greifen eine Kernparole der 68er-Studentenbewegung auf: «Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren!»

Ähnliches Bild in der Schweiz

Der derzeitige Aussenminister Ignazio Cassis war bis zu seiner Wahl in den Bundesrat Mitglied der parlamentarischen Gruppe Schweiz-Israel. Diese für gemein-

same wirtschaftliche Interessen lobbyierende Gruppe wurde von Mitgliedern der ultrareaktionären Partei Eidgenössisch Demokratische Union, der Nachfolgeorganisation der fremdenfeindlichen Nationalen Aktion, ins Leben gerufen und wird heute von Erich von Siebenthal, einem evangelikalen Fundamentalisten, der bei der SVP politisiert, präsidiert. Mitglied ist auch Daniel Jositsch, Rechtsaussen der Sozialdemokratischen Partei.

Cassis liebäugelt schon seit Längerem mit der Schwächung der humanitären Unterstützung für die besetzten palästinensischen Gebiete. Im Jahr 2021 musste nach negativen Presseberichten, obwohl ihm in einer internen Untersuchung nichts Nachteiliges nachgewiesen werden konnte, der damalige Leiter des Hilfswerks für palästinensische Flüchtlinge, UNRWA, der Schweizer Pierre Krähenbühl, zurücktreten.

In Deutschland wie in der Schweiz wird von offizieller Stelle nach wie vor von einer «Zweistaatenlösung» geredet. Im Wissen um die Unmöglichkeit, angesichts der von Israel geschaffenen Tatsachen einen lebensfähigen palästinensischen Staat zu etablieren, wird dieses «Bekenntnis» zur faktischen Unterstützung des Ziels eines möglichst araberfreien Grossisraels.

Aber auch in der Schweiz finden regelmässig Demonstrationen und andre Protestaktionen statt. Neben Komitees in allen grösseren Städten ist auch eine neue nationale Koordination entstanden, die das koloniale Erbe des Zionismus anprangert, entschieden einen sofortigen Waffenstillstand fordert und Kampagnen der BDS-Bewegung, etwa zu einem Militärembargo, aufgreift. Die oft jungen Aktivist:innen, viele davon mit palästinensischen Wurzeln, lassen sich durch die in den Medien regelmässig erhobenen Antisemitismusvorwürfe nicht mehr einschüchtern und eignen sich ihre eigene Geschichte und vielfältige Formen des Widerstands gegen das israelische Apartheidregime an.

Geschichte von Gaza

Von der Antike bis zum britischen Völkerbundsmandat für Palästina

Gaza spielt seit der Antike dank seiner Lage am östlichen Mittelmeer und an der Schnittstelle zwischen Afrika, Asien und Europa eine bedeutende Rolle und erlebte im Lauf der Jahrhunderte unterschiedliche Kulturen, was sich in der heutigen Bevölkerung spiegelt. Gazas wichtiger Seehafen als Endpunkt der Weihrauch- und Gewürzhandelsrouten von Jemen her, der Güter- und Personenverkehr an der ehemaligen Karawanenroute zwischen Ägypten und Syrien und seine fruchtbaren Oasen garantierten eine florierende Wirtschaft und Gesellschaft.

Im Jahr 1517 erobern osmanische Truppen die Region, ab dem 19. Jahrhundert wird das Gebiet kulturell jedoch vom benachbarten Ägypten dominiert. Truppen des britischen Empire greifen 1917 Gaza an und erobern die Stadt, die inzwischen in ein Trümmerfeld verwandelt ist, von den Osmanen. Nach deren Niederlage im Ersten Weltkrieg gehört das Gebiet seit 1920 zum britischen Völkerbundsmandat für Palästina. In den 1930er- und 1940er-Jahren erlebt es eine starke wirtschaftliche Expansion.

Nakba 1948 – Ägyptische Kontrolle bis 1967

Nach Ausrufung des Staates Israel und dem Ende des arabisch-israelischen Kriegs, in dem das israelische Militär auch 29 Dörfer im Süden des historischen Palästinas bombardiert, übernimmt Ägypten die Kontrolle über den später so genannten Gazastreifen. Zehntausende der über 750 000 palästinensischen Flüchtlinge (80 % der Bevölkerung), die während der Nakba von Israel aus ihren Städten und Dörfern vertrieben worden sind, suchen hier Zuflucht, wodurch sich die Bevölkerungszahl verdreifacht. Am Ende des Krieges leben 25 Prozent der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen, obwohl dieser nur ein Prozent des ursprünglichen Mandatsgebiets ausmacht. Bis 1967 untersteht der Landstrich mehrheitlich einem ägyptischen Militärgouvernement, wird jedoch nicht annexiert.

Im Laufe der Suezkrise 1956, in der Ägypten die mehrheitlich britisch-französische Suezkanal-Gesellschaft verstaatlichen will, um sich aus der britischen Einflusssphäre zu befreien, wird der Gazastreifen von israelischen und französischen Streitkräften bombardiert. In den Städten Rafah und Khan Younis kommt es zu schweren Massakern an der Zivilbevölkerung mit mehreren Hundert Todesopfern.

Unter israelischer Besetzung ab 1967 – Wirtschaftliche De-Entwicklung

Während des Sechstagekriegs zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn 1967 gerät der Gazastreifen unter israelische Militärbesetzung. Unter dem damaligen Chef des israelischen Südkommandos, Ariel Sharon, werden Dutzende Palästinenser:innen, die im Verdacht stehen, Mitglieder des Widerstands zu sein, ohne Gerichtsverfahren hingerichtet. Weitere systematische Menschenrechtsverletzungen sind die Vertreibung von Menschen von ihrem Land, die Zerstörung von Häusern und archäologischen Stätten sowie die Unterdrückung selbst gewaltloser Formen politischer Meinungsäußerung.

Auf etwa 35 Prozent der Landfläche des Gazastreifens werden Pufferzonen und ab den 70er-Jahren israelische Siedlungen mit einem eigenen von Israel her zugänglichen Strassensystem errichtet. Dort leben rund 8000 bewaffnete Siedler:innen, für die palästinensische Bevölkerung sind sie unzugänglich. In einer Sitzung des israelischen Sicherheitskabinetts macht der damalige Premierminister Levi Eshkol schon damals den Vorschlag, die Menschen von Gaza zu vertreiben, indem ihnen der Zugang zu ihrem Land und zur Wasserversorgung beschränkt wird.

Auf dem nun «Verlassenes Land» genannten israelischen Boden östlich des Gazastreifens werden auf den Ruinen der ehemals palästinensischen Dörfer eine Reihe von Militärbasen errichtet, die sich mit der Zeit in zivile Städte und Dörfer, in der Regel Kibbutzim mit eigenen bewaffneten Sicherheitsteams, entwickeln.

Da Israels Landwirtschaft und Fabriken viele billige Arbeitskräfte benötigen, werden Tausende von Arbeitsbewilligungen an die Bewohner:innen des Gazastreifens ausgestellt. Die höheren Einnahmen daraus tragen von 1967 bis 1982 zu einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 9,7 Prozent pro Jahr bei. Die Beschlagnahmung von etwa einem Drittel des Landes im Gazastreifen für die Errichtung des Grenzzauns und der Pufferzonen, der Wettbewerb um die knappen Wasserressourcen und das Verbot der lukrativen Anpflanzung neuer Zitrusbäume beeinträchtigen den palästinensischen Agrarsektor jedoch massgeblich. Viele Bauern müssen den Betrieb aufgeben. Zusätzlich sind Gazas direkte Agrarexporte für westliche Märkte nur über israelische Zwischenhändler:innen erlaubt. Für alle aus dem Gazastreifen exportierten Waren führt Israel Quoten ein und hebt gleichzeitig die Beschränkungen für den Fluss israelischer Waren in den Gazastreifen auf. Sara Roy charakterisiert diese Politik als ein Muster gezielter struktureller De-Entwicklung.

Widerstand, Massaker, Zwangsumsiedlung

Gegen diese massiven Einschränkungen regt sich bewaffneter Widerstand, der zwischen 1969 und 1971 seinen Höhepunkt erreicht und von den israelischen Streitkräften weitgehend niedergeschlagen wird. Ganze Familien werden von Kommandos ermordet, ihre Häuser zerstört, Verdächtige und deren Angehörige

sowie arbeitslose Jugendliche mit Bussen in Lager in der Wüste gebracht und ein Jahr lang festgehalten. Das IKRK hat deren Behandlung als «gnadenlos» bezeichnet. Ziel ist es, andere Familien davon abzubringen, ihren Söhnen den Beitritt zu einer Widerstandsgruppe zu gestatten. Palästinensische Widerstandskämpfer attackieren aber auch eigene Landsleute, die für israelische Unternehmen arbeiten.

Die israelische Besatzung versucht 1971 die hohe Konzentration palästinensischer Flüchtlinge in einigen Flüchtlingslagern zu minimieren und errichtet neue Wohnbezirke. Die UNWRA und die PLO lehnen den Umzug jedoch ab, da sie ihn als illegale Zwangsumsiedlung betrachten.

Jom-Kippur-Krieg 1973 – Erste Intifada 1987–1993

Mit dem Jom-Kippur-Krieg und der in diesem Zusammenhang in grossem Umfang stattfindenden Beschlagnahme von palästinensischem Land durch Israel im Westjordanland nehmen die Konflikte zwischen den Palästinenser:innen und den israelischen Behörden trotz internationaler Bemühungen (u.a. Camp-David-Abkommen I) weiter zu. Das mündet zwischen 1987 und 1993 in die erste Intifada, eine breite Volksbewegung gegen die Besatzung, sowie zur Gründung der Hamas. Der Aufstand wird von der israelischen Armee blutig niedergeschlagen, Gaza wird ab Januar 1991 zunehmend isoliert, die palästinensischen Arbeitskräfte werden schrittweise durch ausländische Migrant:innen ersetzt. Die Bewegungsfreiheit wird immer mehr eingeschränkt, was massive Auswirkungen auf Arbeit, Familienleben, Studium, Gesundheit, Bautätigkeit und Freizeit hat. Die Wirtschaft im Gazastreifen wird zerstört, die ohnehin schon äusserst schwierigen Lebensumstände verschärfen sich weiter.

Beschränkte Selbstverwaltung ab 1993 und Beginn der Abriegelung 1994

Seit dem ersten von Israel und der PLO unterzeichneten Oslo-Abkommen 1993 sowie dem Gaza-Jericho-Abkommen 1994, das zur Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) führt und eine begrenzte Verwaltungskontrolle über das Westjordanland und den Gazastreifen garantieren soll, wird der Gazastreifen mit Ausnahme der israelischen Siedlungen und Militärgebiete von der PA verwaltet. Die Kontrolle über Luftraum, Landgrenzen (ausser zu Ägypten) und Hoheitsgewässer behält Israel.

1994 beginnt Israel mit dem Bau des ersten, 60 Kilometer langen Grenzzauns sowie der Einrichtung einer ein Kilometer breiten Pufferzone auf dem Boden des Gazastreifens, was palästinensische Widerstandskämpfer daran hindern soll, sich der Grenze zu nähern. Diese Abriegelung stösst bei der Bevölkerung auf Widerstand. Der Zaun wird zu Beginn der Zweiten Intifada im Jahr 2000 grössstenteils niedrigerissen, bald darauf von Israel aber wieder errichtet, auf sieben Meter

erhöht, mit Wachtürmen, Stacheldraht und ferngesteuerten Maschinengewehren versehen sowie mit technologischen Sicherheits- und Überwachungssystemen verstärkt. Die israelischen Soldat:innen erhalten die Erlaubnis, auf jede Person zu schiessen, die sich dem Grenzzaun nähert. In der Folge beginnen palästinensische Widerstandskämpfer, Qassam-Raketen und Mörsergranaten über die Grenze abzufeuern. Nach einer Reihe von palästinensischen Selbstmordanschlägen in Israel wird Benjamin Netanjahu 1996 erstmals israelischer Regierungschef.

Scharons «Abkoppelungsplan», Unterstützung der USA

Zwischen 2000 und 2005 findet die zweite Intifada statt, ausgelöst durch den Besuch des damaligen Oppositionspolitikers Ariel Sharon auf dem unter palästinensischer Verwaltung stehenden Tempelberg in Jerusalem. Heftige Unruhen und Anschläge fordern Tausende Todesopfer auf beiden Seiten. 2004 legt Sharon, inzwischen Regierungschef, den sog. Abkoppelungsplan vor, der vorsieht, die Siedlungen in Gaza aufzugeben, während die sechs grössten Siedlungen im Westjordanland mit etwa 220 000 Israelis dauerhaft beibehalten werden sollen. Zudem sollen die Sperranlagen weiter ausgebaut werden, um eine Trennung zwischen Israelis und Palästinenser:innen vorzubereiten und gleichzeitig die internationalen Friedensbemühungen zu sabotieren. Noch während Sharon gegenüber der Bush-Regierung Lippenbekenntnisse zur Zweistaatenlösung abgibt, sagt sein leitender Berater Dov Weisglass gegenüber der Zeitung Haaretz unverblümt, der Rückzugsplan bedeute «ein Einfrieren des Friedensprozesses... Und wenn man diesen Prozess einfriert, verhindert man die Gründung eines palästinensischen Staates und damit eine Diskussion über die Flüchtlinge, die Grenzen und Jerusalem.»

Die USA begrüssen den Abkoppelungsplan als historisch, obwohl darin ausdrücklich die Absicht Israels zum Ausdruck gebracht wird, die volle Kontrolle über Gaza zu behalten und dort nach Belieben militärische Operationen durchführen zu können. Die Palästinenser:innen werden in den ganzen Prozess nicht einbezogen und lehnen ihn mehrheitlich ab, weil sie die zunehmende Kontrolle und Abriegelung des Gazastreifens befürchten. Der Plan erhält nach innenpolitischen Kontroversen schliesslich die Zustimmung des israelischen Parlaments. Dabei hilft die Zusicherung der USA, dass eine Rückkehr von palästinensischen Flüchtlingen nun unmöglich sei und Israel generell Siedlungen ausserhalb der Waffenstillstandslinie von 1949, der grünen Linie, behalten könne. Damit setzt sich Scharons Idee durch, Gaza als geografische und administrative Einheit vom restlichen palästinensischen Kollektiv zu trennen und damit einen unabhängigen Staat zu verhindern.

Nach zwei israelischen Strafaktionen («Operation Regenbogen», «Operation Tag der Busse») im Jahr 2004 beginnt Israel am 15. August 2005, den einseitigen Abkoppelungsplan umzusetzen. Die Streitkräfte werden

aus dem Gazastreifen abgezogen, 21 israelische Siedlungen geräumt und zerstört sowie die gemeinsame israelisch-palästinensische Industriezone Erez aufgehoben. Was in Israel verklärt als «Zugeständnis» beschrieben wird, verschleiert die Tatsache, dass Israel faktisch weiterhin die Kontrolle über das Gebiet inklusive des Bevölkerungsregisters (Identitätsausweise) ausübt und nach internationalem Recht nach wie vor als Besatzungsmacht gilt. Gleichzeitig schiebt es die Schuld für alle Probleme des Gazastreifens den Palästinenser:innen, also der Hamas, zu.

Im Norden des seither hermetisch abgeriegelten Gebiets richtet Israel auf dem Boden des Gazastreifens eine weitere 2,5 Kilometer breite militärische Sperrzone ein.

Zwar verbessert sich die Bewegungsfreiheit im Inneren, die vorher durch Kontrollpunkte und Strassen sperren der israelischen Armee erschwert war. Die Bewegungsfreiheit von Menschen oder Gütern in oder aus dem Gazastreifen ist hingegen, wenn überhaupt, nur nach Überwindung zahlreicher Hürden gewährleistet. Auch in Bezug auf Trinkwasser, Strom, Telekommunikation und andere Versorgungsleistungen ist der Gazastreifen von Israel abhängig. Aufgrund der Pufferzonen ist ein grosser Teil des Territoriums gesperrt und es kann dort weder Landwirtschaft betrieben noch gebaut werden. Die Auswirkungen dieser extremen Besatzungssituation auf Gesellschaft, Wirtschaft, Gesundheit, Umwelt, Bildung und Beschäftigung sind enorm und verursachen eine humanitäre Krise, die auch an den immensen Unterschieden des Pro-Kopf-Einkommens auf beiden Seiten des Grenzzauns (in Israel ca. 44 Mal höher) und der Bevölkerungsdichte ersichtlich ist.

Politische Vertretung ab 2006, Hamas gewinnt Wahlen

Bei den palästinensischen Parlamentswahlen am 25. Januar 2006 gewinnt die Hamas die absolute Mehrheit, was zum erneuten Aufflammen der Spannungen zwischen der Hamas und der Fatah sowie zur Einstellung der Finanzhilfen der USA und der EU an die PA führt. Zudem hält Israel Steuereinnahmen zurück. Es erklärt den Gazastreifen endgültig zum Sperrgebiet, schliesst alle Grenzübergänge und verhängt beispielslose Sanktionen gegen die Hamas geführte Regierung, darunter weitere Beschränkungen der Einfuhr von Nahrungsmitteln, Baumaterial und Treibstoff sowie der Bewegungsfreiheit aus und in den Gazastreifen. Der Bevölkerung fehlt es sogar an Trinkwasser und sanitären Einrichtungen, tägliche Stromausfälle von bis zu 18 Stunden sind nicht ungewöhnlich. Nötige medizinische Behandlungen ausserhalb des Gazastreifens und Auslandsstipendien werden vielfach verunmöglicht.

Grundsatzklärungen und Versöhnungsdokumente

Am 19. März 2005 unterzeichnen zwölf palästinensische Fraktionen, darunter Fatah, Hamas, Islamischer Jihad, Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und

Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) die Palästinensische Erklärung von Kairo. Diese bekräftigt den Status der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volks. Die Erklärung impliziert einerseits eine Reform der PLO durch die Aufnahme von Hamas und Islamischem Jihad und demonstriert andererseits Einheit gegenüber der israelischen Besatzung. Sie ruft zur Vermeidung weiterer gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen den palästinensischen Gruppen auf.

Im Mai 2006 unterzeichnen Führer von fünf palästinensischen Fraktionen in einem israelischen Gefängnis, darunter Fatah und Hamas, ein nationales Versöhnungsdokument, das sogenannte Gefangenendokument. Es soll alle Fraktionen in ihrem Kampf gegen die israelische Besatzung vereinen und einer Regierung der nationalen Einheit den Weg bahnen. Die Vision ist ein unabhängiger palästinensischer Staat innerhalb der Grenzen von 1967 mit Jerusalem als Hauptstadt.

Am 11. September 2006 wird eine Vereinbarung zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit unterzeichnet, die auf dem überarbeiteten Gefangenendokument basiert. Darin erkennt die Hamas erstmals die Friedensabkommen zwischen der PLO und Israel an und stimmt dem Ziel zu, in den besetzten Gebieten einen palästinensischen Staat zu errichten sowie einen langfristigen Waffenstillstand mit Israel einzuhalten. Eine Anerkennung Israels wird hingegen weiter strikt abgelehnt, da dies die Akzeptanz der «zionistischen Besetzung Palästinas» und der Vertreibung von mehr als 700 000 Palästinenser:innen während der Nakba 1948 bedeuten würde. Unter massivem Druck von aussen erklärt Präsident Mahmud Abbas die Einheitsbemühungen, die er selbst ebenfalls nicht befürwortet, für gescheitert. Nach weiteren Anläufen zu einer politischen Einigung, unterbrochen von gewalttägigen Konfrontationen zwischen den Fraktionen, die mehrere Hundert Todesopfer und Verletzte fordern, setzt sich im Gazastreifen die Hamas als Regierungspartei durch. Israel beschränkt daraufhin die Importe auf wenige elementarste Grundnahrungsmitteln und Dinge des täglichen Bedarfs und unterbindet Exporte und den Personenverkehr nahezu vollständig.

Zweiteilung der palästinensischen Gebiete, Spirale der Gewalt

Seither sind die Palästinensergebiete nicht nur geografisch, sondern auch politisch zweigeteilt: Im Westjordanland herrscht die PA unter Präsident Abbas, im Gazastreifen die Hamas. Beide betrachten sich als die wahren Vertreter des palästinensischen Volkes. Die Abriegelung behindert Studierende, Fachkräfte, Patient:innen, Geschäftsleute, Familien daran, ihren Tätigkeiten grenzüberschreitend nachzugehen. Dies stellt eine beispiellose Form der kollektiven Bestrafung dar und ist ein krasser Verstoss gegen das humanitäre Völkerrecht. Im Januar 2008 erstellt die israelische Militärverwaltung eine Liste, in der der Grundbedarf für die Bevölkerung in Gaza abgeschätzt wird. Der durchschnitt-

liche Tagesbedarf an Nahrung wird auf 2279 kcal/Tag und Person festgesetzt, also knapp über den 2100 kcal/Tag, die die WHO als Richtwert für Mangelernährung festgelegt hat. Der Schwellenwert für Hunger liegt bei 1800 kcal/Tag und Kopf.

Zur Umgehung der Blockade entwickelt sich im Laufe der Jahre der Tunnelbau nach Ägypten zu einer wichtigen Lebensader. Fast alles inklusive Baustahl, Treibstoffe, Autos erreicht den Gazastreifen nun auf diesem Weg. In einem UNO-Bericht werden für September 2011 Mengen genannt, die vergleichbar sind mit dem Umfang aller Importe aus Israel im selben Monat.

Um Druck auf Israel auszuüben, die brutale Blockade aufzuheben, feuern militante Kämpfer:innen seit 2008 verstärkt selbstgebaute Raketen und Mörsergranaten auf Israel ab, die inzwischen auch Tel Aviv und Jerusalem erreichen, was Israel mit immer neuen Strafaktionen beantwortet – eine Gewaltspirale, die bis heute anhält. Insgesamt wurde der Gazastreifen bis heute mit sechs Kriegen überzogen, die Zehntausende Todesopfer sowie immense Schäden an Wohnhäusern, Landwirtschaft, Industrie, Strom- und Wasserinfrastruktur zur Folge hatten (2008/09, 2012, 2014, 2021, 2022, 2023/24). Die ersten fünf Kriege endeten jeweils mit einem fragilen Waffenstillstand, aber keiner wirklichen Lösung des Konflikts. Die Aufhebung der Blockade im Gegenzug zu einem langfristigen Waffenstillstand, wie ihn die Hamas immer wieder anbietet (zuletzt 2014 und 2021), lehnen Israel wie auch die USA standhaft ab und fordern von der Hamas, zuerst die Gewalt zu beenden und Israel anzuerkennen.

Ein zentraler Knackpunkt bleibt auch das Flüchtlingsproblem, das für die gesamte palästinensische Nation, aber speziell für die Menschen in Gaza eine fortwährende Tragödie darstellt. In Massendemonstrationen, dem «Great March of Return», erinnert 2018/19 eine jüngere Generation, die unter den schrecklichen Bedingungen im Gazastreifen geboren wurde, mit Protestcamps in der Nähe des Gaza-Zauns daran, dass sie die Geschichte nicht vergessen hat. Sie fordern ihr Recht auf Rückkehr in das Land, aus dem ihre Eltern und Großeltern vertrieben wurden. Die mehrheitlich gewaltfreien Proteste, die eher den Charakter eines Open-Air-Festivals haben, werden seitens des israelischen Militärs mit tödlicher Gewalt beantwortet. Dabei sterben zahlreiche unbewaffnete Zivilist:innen, darunter Journalist:innen und medizinisches Personal.

Internationale Organisationen wie der IWF oder die WHO weisen regelmässig auf die katastrophalen Aussichten für den Gazastreifen hin. Um sich von dieser schleichenden Strangulierung zu befreien, scheint die Hamas beschlossen zu haben, den Status quo am 7. Oktober 2023 durch einen lange vorbereiteten, präzedenzlosen Überraschungsangriff auf Israel auf den Kopf zu stellen und dabei Geiseln zu nehmen, um Israel zu Eingeständnissen zu zwingen. Durch Israels prompte, alles zerstörende Vergeltungsangriffe aus der Luft, eine massive Bodenoffensive und die Verhängung der «vollständigen Belagerung» des Gazastreifens (u.a. Stopp der Lieferung von Strom, Wasser, Nah-

rungsmitteln, Medizin, Treibstoff) steigt das Leid der Zivilbevölkerung ins Unermessliche.

Alles deutet darauf hin, dass Israel den Anschlag vom 7. Oktober nun als Vorwand für einen bereits bestehenden Masterplan nutzt, um sich der Palästinenser:innen zu entledigen, die der Errichtung eines Grossisraels mit souveräner Kontrolle über das Westjordanland und Teile des Gazastreifens im Weg stehen. Israel scheint es mehr um die Vollendung des zionistischen Projekts als um die Wiederherstellung der territorialen Sicherheit zu gehen.

Quellen u.a.:

- www.thecrimson.com/article/2009/6/2/the-peril-of-forgetting-gaza-the.
- www.aljazeera.com/news/2019/6/10/gaza-isolation-and-control.
- remix.aljazeera.com/aje/PalestineRemix/timeline_main.html.
- www.btselem.org/gaza_strip.
- www.zochrot.org/articles/view/56580/en
Unpacking_October_Events_QANDA.
- [www.monde-diplomatique.de/artikel/15451764](http://Sara Roy, Nichts ist normal in Gaza).
- [www.commondreams.org/opinion/west-enabling-genocide-gaza](http://Richard Falk, In Gaza, the West Is Enabling the Most Transparent Genocide in Human History).
- [www.972mag.com/hamas-fatah-elections-israel-arrogance](http://Menachem Klein, Israeli arrogance thwarted a Palestinian political path. October 7 revealed the cost).

Künstliche Intelligenz (KI) im Gazakrieg

Erstmals in der Geschichte wird im Gazastreifen künstliche Intelligenz in einem völkermörderischen Ausmass eingesetzt. Die Sichtweise in deutschen Medien, dass Israel alles unternimmt, um ausschliesslich Terroristen und die Hamas zu bekämpfen und Angriffe auf zivile Opfer zu vermeiden und dass es sich dabei an das Völkerrecht hält, ist völlig irreführend. Jeder, der Hebräisch spricht, jede, die die israelischen Medien verfolgt, weiss, dass es rund um die Uhr Aufrufe zum Töten von Zivilist:innen gibt. Wir sehen Journalist:innen, die zum Vergnügen 155-mm-Granaten in den Gazastreifen feuern, ohne ein Ziel zu haben, nur um zu beweisen, dass sie Teil der Kriegsanstrengungen sind. Wenn Journalist:innen und Politiker:innen zum absichtlichen Aushungern der Bevölkerung aufrufen, wie kann das keine vorsätzliche Tötung von Zivilpersonen sein?

Nach den Kriegsgesetzen erfüllt die Tötung von Zivilist:innen mit dem Ziel der Auslöschung der Bevölkerung den Straftatbestand des Völkermords. Es ist ein schweres Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das israelische Militär versucht, sein eigenes Personal vor einer Anklage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu schützen. Die politisch Verantwortlichen sagen also, dass sie nicht wahllos jeden in Gaza töten, sondern dass sie auf bestimmte Personen zielen, nämlich die Hamaskämpfer, und dass die anderen Opfer Kollateralschäden sind.

«Kollateralschaden» ist natürlich ein Euphemismus für das, was da passiert. Der Begriff besagt, dass es für jede angegriffene Person eine bestimmte Anzahl von Zivilist:innen gibt, die als Kollateralschaden getötet werden können. Das israelische Militärkommando muss den Soldaten Anweisungen zur Bestimmung des akzeptablen Faktors geben – in früheren Angriffen auf Gaza war die Tötung von fünf Zivilist:innen pro Hamasmitglied «akzeptabel». Jetzt berichten Soldaten, dass die Zahl eher auf hundert zugeht.

Ähnlich wie ChatGPT

Wer genau zählt als Hamaskämpfer? Wenn es sich nur um einen einfachen Fusssoldaten der Hamas handelt, der eine Waffe hat, ist es dann gerechtfertigt, ein ganzes Wohnhaus zu zerstören und ganze Familien zu töten, nur um diese eine Person zu beseitigen? Normalerweise lassen die Kriegsgesetze so etwas nicht zu, es gibt den Begriff der Verhältnismässigkeit. Das bedeutet, dass man nur dann Menschen als Kollateralschaden töten darf, wenn die Zahl der Menschenleben, die aufgrund des Kriegsziels gerettet würden, derart hoch ist und dies so dringend ist, dass eine Rechtfertigung gegeben ist.

Hier kommt die künstliche Intelligenz ins Spiel. Denn die KI, die vom israelischen Militär eingesetzt wird, ist nicht das, was wir uns unter künstlicher Intelligenz als Waffe vorstellen, wenn wir Science-Fiction-Filme wie Terminator sehen. In diesen Filmen übernimmt die KI die Waffen und steuert sie direkt zur Tötung von Menschen. Es gibt viele Bedenken, dass halbautonome oder vollautonome Waffen eingesetzt werden, um Menschen zu töten, denn sie unterscheiden nicht mehr zwischen Kämpfern und Zivilist:innen und können sich sogar gegen ihre eigenen Bediener:innen wenden. Aber was in Gaza geschieht, ist etwas anderes.

Diese KI arbeitet nicht mit der Steuerung der Waffen. Vielmehr funktioniert sie ähnlich wie das Sprachmodell ChatGPT. Sie unterhält sich mit den Soldat:innen und teilt ihnen mit, dass nach einer Analyse von Bildern und Videos des Gebiets, das von Drohnen und Kameras gescannt wurde, eine bestimmte Wahrscheinlichkeit besteht, ein Ziel zu treffen, und eine bestimmte Wahrscheinlichkeit, eine bestimmte Anzahl unbeabsichtigter Zivilist:innen zu treffen, und auch eine bestimmte Wahrscheinlichkeit, die israelischen Geiseln zu treffen, die im Gazastreifen festgehalten werden.

Auf Grundlage dieser Informationen fragt die KI den Soldaten dann: «Genehmigen Sie dieses Ziel?» Wenn ja, werden die Waffen abgefeuert – nicht die KI tut dies, der Soldat feuert, der Soldat sitzt mit dem Finger am Abzug und bekommt diese Ziele von der KI eins nach dem anderen mitgeteilt.

In früheren Kriegen und Angriffen auf Gaza gab es jeden Tag etwa fünf bis sechs Ziele, die von der militärischen Führung erstellt wurden, sodass die Soldaten auf diese Ziele mit Bomben und Artilleriegranaten schiessen mussten. Hier sprechen wir jedoch von Hunderten Zielen pro Tag. Das ist auch der Grund, warum das israelische Militär Artillerie einsetzt, die sehr billig ist, sodass es das ganze Gebiet einfach mit einem Bombenteppich überzieht. Aber aus der Sicht der Soldaten ist es kein Bombenteppich, sie nehmen bestimmte Ziele ins Visier, nur dass diese Ziele nicht von Geheimdiensten, sondern von der KI erzeugt werden.

Genauso funktioniert das Sprachmodell. Es gibt keine Möglichkeit zu wissen, ob die Analyse der Bilder, die Gesichtserkennungssoftware, die sie verwenden, einwandfrei ist oder nicht. Die KI könnte völlig falsch liegen, aber wir wissen, dass sie die Soldaten effizient davon überzeugen kann, dass sie beim Abdrücken des Abzugs keine Geiseln töten, dass sie nicht mehr Zivilist:innen töten, als der Kollateralschadenfaktor zulässt, wodurch sie schliesslich dazu gebracht werden, den Abzug immer und immer wieder zu betätigen.

Darüber müssen wir alle sehr besorgt sein, vor allem, weil dadurch ein Völkermord ermöglicht wird. Dies geschieht durch die Art des industriellen Einsatzes von KI. Die industrielle Tötung der gesamten Bevölkerung ist in der Tat ein Akt des Völkermords. [...]

From the river to the sea Palestine will be free

«Der Slogan steht für die tiefe persönliche Verbundenheit der Palästinenser:innen mit ihrer Heimat, ihre nationalen Rechte und ihre Vision eines zukünftigen Palästinas.»

Der an vielen Demonstrationen skandierte Slogan ist Israelfreund:innen ein Dorn im Auge. So beurteilt ihn etwa der Präsident der Schweizerischen Israelischen Gemeindebunds als klar antisemitisch und in Deutschland ist er an Demonstrationen verboten. Tatsächlich ist der Slogan in seiner Bedeutung viel offener und knüpft an eine lange Tradition laizistischen Denkens an, wie Maha Nassar, Professorin für die Geschichte des Nahen Ostens, im Gespräch mit Yara Hawari vom palästinensischen Thinktank Al-Shabaka erläutert. Seinen Ursprung hat er in den kolonialen Teilungsplänen des frühen 20. Jahrhunderts, die sich auf das Konzept ethnischer Säuberungen stützten und den Palästinenser:innen eine Verbindung zu ihrer Heimat absprachen.

Ab den 30-Jahren formulierten Palästinenser:innen Alternativen, gestützt auf die Prinzipien von Demokratie und Gleichberechtigung. Nach der Staatsgründung Israels setzten sich führende palästinensische Parteien und Gremien für dessen Überwindung durch einen säkularen, demokratischen Staat mit gleichen Rechten für Muslim:innen, Christ:innen und Jüd:innen ein. Selbst in der Zeit, als die Idee einer Zweistaatenlösung aufkam, erhielt diese Vision breite Unterstützung in der palästinensischen Bevölkerung.

Der populäre Slogan bedeutet mehrheitlich also nicht die Zurückweisung von Koexistenz mit der jüdischen Bevölkerung, sondern die Ablehnung der kolonialen Rahmenbedingungen. Die beiden Historiker und Holocaust-Forscher Alon Confino und Amos Goldberg gehen in einem Beitrag auf der Online-Plattform Geschichte der Gegenwart auf die vielfältigen Interpretationsmöglichkeiten des Slogans ein, der legitime palästinensische Forderungen zum Ausdruck bringt. Die Kriminalisierung des Slogans steht im Kontext der Verweigerung palästinensischer nationaler Rechte über die Jahrzehnte hinweg.

Podcast auf: www.Al-shabaka.org/en.

Artikel unter: geschichtedergegenwart.ch/

from-the-river-to-the-sea-gibts-viel-raum-fuer-interpretationen.

Hamas

Die Hamas stand nie im Zentrum unserer Aufmerksamkeit, dazu ist sie uns von ihrer ideologischen Grundausrichtung zu fern. Eine Sondernummer zu Gaza kann nach dem 7. Oktober aber nicht ohne irgendeinen Hinweis auf diese politische Bewegung auskommen. Was immer man von der Hamas hält, ihre Popularität unter Palästinenser:innen bezieht sie von ihrem entschlossenen Widerstand. Wir haben uns daher entschieden, auf interessante Analysen zur Hamas zu verweisen, eingeleitet mit einem Abschnitt des palästinensischen Thinktanks Al-Shabaka. «Die Hamas, eine sowohl politisch als auch militärisch ausgerichtete Bewegung, wurde 1987 inmitten der ersten Intifada gegründet. Die Partei gewann die palästinensischen Parlamentswahlen 2006, was zu einer gewaltsamen Konfrontation mit der Fatah führte. Seit 2007 ist die Verwaltung des Westjordanlands und des Gazastreifens zwischen der Fatah und der Hamas aufgeteilt. Während die Guerilla-Operation der Hamas am 7. Oktober 2023 für grosse Aufmerksamkeit und Empörung sorgte, bleiben die Geschichte und die Kernziele der Bewegung weiterhin im Dunkeln. Diese Sammlung [...] untersucht das Innенleben der Hamas, ihre nationalistischen Ambitionen und die geopolitische Dynamik, die ihre Strategie weiterhin prägt.»

Heiko Flottau, «Wer die Palästinenser zerstört, zerstört auch Israel», www.journal21.ch/artikel/hamas (2023).

Leila Seurat, Widersprüche der Hamas, Le Monde diplomatique (noch nicht online, Januar 2024).

Seth Ackerman, Es gab eine eiserne Mauer in Gaza www.jacobin.de/artikel/israel-gaza-hamas-realpolitik-verniichtung (2024).

Tareq Baconi, What Was Hamas Thinking? www.foreignpolicy.com/2023/11/22/hamas-gaza-israel-netanyahu-palestine-apartheid-containment-resistance (2023).

Eileen Salazar, Omar Duawji, Hamas explained www.youtube.com/watch?v=6Pjo3bJPrd8 (2023).

Belal Shobaki, Hamas: Dismantling the Dilemmas of Governance and Resistance www.al-shabaka.org/commentaries/hamas-and-the-dilemmas-of-representation-and-curtailment (2021) und Reconstituting the PLO: Any Place for Hamas and Islamic Jihad? www.al-shabaka.org/wp-content/uploads/2022/09/Shobaki_Commentary_Eng_Sept2022.pdf (2020/2022) und Why It's Dangerous to Conflate Hamas and Daesh www.al-shabaka.org/briefs/why_its_dangerous_to_conflate_hamas_and_daesh (2016).

Randa Farah, What Forces Shape the Palestinians of Gaza? www.al-shabaka.org/commentaries/what-forces-shape-the-palestinians-of-gaza (2014).

Ali Abumahin, It's time to change liberal discourse about Hamas, www.electronicintifada.net/content/its-time-change-liberal-discourse-about-hamas/33376 (2021) und What's behind Hamas' new charter? www.electronicintifada.net/blogs/ali-abumahin/whats-behind-hamas-new-charter (2017).

Ressourcen

Print- und Onlinemedien

Al Jazeera

Al Shabaka, The Palestinian Policy Network

Consortium News. Independent Investigative Journalism and Political Review

DAWN. Democracy for the Arab World Now

Die Internationale (Inprekorr.de)

Democracy Now. Independent Global News

Euro-Med Human Rights Monitor

Grayzone Independent News & Investigative Journalism on Empire

IMEU. Institute for Middle East Understanding

Infosperber

Jadaliyya. Independent e-zine produced by the Arab Studies Institute

Journal 21

Junge Welt

Le Monde diplomatique

Memo Middle East Monitor

Middle East Eye

Mondoweiss News & Opinion About Palestine, Israel & the United States

Palestine Chronicle

Politico. Politics, Policy, Political News

The Electronic Intifada

The Guardian (GB)

The Intercept

+972 Independent Journalism from Israel-Palestine

Wichtige Artikel

Zum Ablauf der Ereignisse vom 7. Oktober insbesondere

Electronic Intifada: youtu.be/G8PWUAtGIBo?

The Grayzone: youtu.be/s602J5Sm3hg

Geopolitische Analysen zu Israel und Gaza, insbesondere

Richard Falk, früherer Sonderberichterstatter für die Besetzten Gebiete www.commondreams.org/opinion/west-enabling-genocide-gaza

Seth Ackerman, Redakteur der linken aktivistischen Onlinezeitschrift The Jacobin, Es gab eine eiserne Mauer in Gaza www.jacobin.de/artikel/israel-gaza-hamas-realpolitik-vernichtung

Tariq Kenney-Shawa, Israel-Palestine war: Under occupation, armed resistance will never end, www.middleeasteye.net/opinion/israel-palestine-war-occupation-armed-resistance-never-end

Initiativen und Organisationen

Adalah The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel

Amnesty international Schweiz

Amnesty International

Association France-Palestine

AURDIP. Association des universitaires pour le respect du droit international en Palestine

Badil. Resource Center for Palestinian Recidency & Refugee Rights

BDS. Boycott Divestment Sanctions

Boycott from Within

B'tselem The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories

Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern

Codepink

European Legal Support Center ELS

Gaza in Context

Human Rights Watch

ICAHD. The Israeli Committee Against House Demolitions www.icahd.org

Institute for Palestine Studies für gerechten Frieden in Nahost

International Solidarity Movement ISM-France

Jewish Voice for Peace US

Jüdische Stimme

Medico International, insb. Medico International Deutschland

Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel

Palestinian Centre for Human Rights

UJFP. Union juive française pour la paix

Visualizing Palestine

We are not numbers

Zochrot From Nakba to Return

7Amleh – The Arab Center for the Advancement of Social Media

Diverse UN-Organisationen wie **OCHA**, **UNRWA**,

UNHCR, **WHO**

